

ZukunftsWerkStadt

Evaluation der Bürgerbeteiligung



ZukunftsWerkStadt

Evaluation der Bürgerbeteiligung

Für den eiligen Leser

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat im Wissenschaftsjahr 2012 mit seiner Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt (ZWS)* in fünfzehn deutschen Kommunen Projekte zur nachhaltigen Zukunftsgestaltung gefördert. Dabei handelte es sich um Bürgerbeteiligungsprojekte, die durch den Einbezug von Akteuren aus Wissenschaft und Forschung und ihre Beiträge gekennzeichnet sind. *Wissenschaft im Dialog (WiD)* hat diese Bürgerbeteiligungsprojekte begleitet und evaluiert. Die kommunalen Projekte waren dabei durch verschiedene inhaltliche und prozessuale Zielsetzungen charakterisiert. Entsprechend unterschieden sich auch die Maßnahmen zum Einbezug von Bürgern bzw. die Beiträge, welche von Wissenschaftlern in den Projekten geleistet wurden.

Die **Ergebnisse** der vorliegenden Evaluation zeigen, dass die Beteiligung von Bürgern für die Erreichung der Projektziele oftmals entscheidend war: Die Bürger lieferten projektrelevante Informationen, gaben inhaltliche Rückmeldungen oder setzten Projektideen aktiv und eigenständig um. Das besondere Merkmal der Prozesse – der *Einbezug von Wissenschaft* – wurde in hohem Maße von Bürgern wie auch von kommunalen Verwaltungen wertgeschätzt. Nach Auskunft der befragten Akteure leisteten die Wissenschaftler in den Beteiligungsprozessen wertvolle Beiträge, indem sie neutrale wissenschaftliche Informationen bereitstellten, begleitende Forschung durchführten oder die Beteiligungsprozesse maßgeblich mitgestalteten. Die Akteure nahmen die Beteiligungsprozesse in ihrer Gesamtheit, aber auch die einzelnen Veranstaltungen im Rahmen der Projekte zu weiten Teilen als sehr positiv wahr. Außerdem ermöglichten diese Prozessschritte vielfältige Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltungen, Bürgern und Wissenschaftlern.

Darauf aufbauend identifiziert die Evaluation im Abschnitt **Schlussfolgerungen** Themenkomplexe und Fragestellungen, denen die Projektakteure von der Konzeption bis über den Projektabschluss hinaus gegenüberstanden und die durch zukünftige Fördermaßnahmen bearbeitet werden sollten. So gilt es bei der Konzeption von Bürgerbeteiligungsprojekten, die Entscheidung zu treffen, ob ein Projekt *bottom-up* in die Hände der Bürger gelegt wird, oder ob zu bearbeitende Themen und Fragestellungen *top-down* von Politik und Verwaltung vorgegeben werden. *Bottom-up*-orientierte Projekte stellen die Kommunen zwar vor vielfältige neue Herausforderungen, können im Idealfall aber zu eigenverantwort-

lichem Engagement der Bürger und damit zu einem langfristigen Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit von Kommunen und Öffentlichkeit führen.

Mit dem Erfolg von Bürgerbeteiligungsprojekten eng verbunden ist die Ansprache und Aktivierung der Bürger. Obwohl in vielen Fällen angestrebt, gelang es in den Projekten eher weniger, ein repräsentatives Abbild der Bevölkerung einzubeziehen. Zumeist waren die befragten Bürger bereits im Vorfeld organisiert oder öffentlich engagiert; die Teilnehmenden wiesen insgesamt ein hohes Bildungsniveau auf. Durch eine sorgfältige Analyse der Zielgruppen und die Entwicklung einer vielfältigen Ansprachestrategie könnte in zukünftigen Projekten die gesellschaftliche Vielfalt besser widergespiegelt werden.

Zum Abschluss der Projekte galt es, die Umsetzung der Ergebnisse und den Übergang aus der Förderphase in das Alltagshandeln einer Kommune zu gestalten. Die Weiterführung der Arbeit an entstandenen Ansätzen und die zukünftige Nutzung nun bestehender Kontakte – insbesondere in der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Partnern – sind dabei Herausforderung und Chance zugleich. Nicht zuletzt empfiehlt die Evaluation, für zukünftige Projekte ein Forum zum Austausch und Transfer zwischen den beteiligten Projektakteuren bereitzustellen. Dies war ein vielfach von den Projektbeteiligten geäußerter Wunsch. Insbesondere im Bereich der Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürgern mit Wissenschaftlern können so Erfahrungen und Erkenntnisse geteilt und noch bestehende Defizite ausgeräumt werden. Im Ergebnis lieferten die Projekte der *ZukunftsWerkStadt* wichtige Erfahrungen und Anstöße für die Gestaltung nachhaltiger kommunaler Entwicklung. Der Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wurde durch Akteure aus Wissenschaft und Forschung bereichert. Eine Fortführung und weitere Begleitung der Projekte unter Berücksichtigung der in diesem Bericht dargestellten Erkenntnisse ist empfehlenswert. So kann Sorge dafür getragen werden, dass langfristig Bedingungen entstehen, die eine lokale Beteiligungskultur und ein produktives gesellschaftliches Miteinander von Kommunen, Wissenschaft und Öffentlichkeit ermöglichen.

Redaktioneller Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Evaluationsbericht meist das generische Maskulinum für personenbezogene Bezeichnungen verwendet. Gemeint sind ausdrücklich alle Geschlechter.

1. Einleitung	7
2. Methoden	8
2.1 Ziele der Evaluation	8
2.2 Verlauf der Evaluation	8
2.3 Entwicklung der Evaluationsinstrumente	8
2.4 Ablauf der Datenerhebungen	9
2.5 Ablauf der Datenauswertungen	9
3. Ergebnisse der Evaluation	11
Prozesse der Bürgerbeteiligung	11
3.1 Projektziele und Zielerreichung	11
3.2 Gründe für die Beteiligung der Bürger	12
3.3 Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung	14
3.4 Beiträge der Wissenschaft	17
3.5 Zufriedenheit mit der Bürgerbeteiligung	19
3.6 Zukünftige Effekte	21
Akteure der Bürgerbeteiligung	25
3.7 Ansprache und Struktur der teilnehmenden Bürger	26
3.8 Persönliche Ziele der Akteure und Zielerreichung	28
3.9 Zusammenarbeit von Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern	29
Anregungen aus dem Workshop zum Erfahrungsaustausch	33
4. Schlussfolgerungen	35
4.1 Erfolgsfaktoren	35
4.2 Herausforderungen	36
4.3 Ausblick	38
5. Anhang	39
Literatur	39
Informationen zur Faktoren- und Regressionsanalyse	40

1. Einleitung

Ob Zukunftskonferenz, Bürgerwerkstatt, Online-Befragung oder World-Café: Neben traditionellen Institutionen und Praktiken politischer Teilhabe lässt sich immer häufiger beobachten, dass die Öffentlichkeit durch neuartige Verfahren und Methoden Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt und an der Gestaltung des öffentlichen Lebens partizipiert (vgl. Römmele/Banthien 2013: S. 7, Jörke 2011: S. 11 oder Kersting 2008: S. 273). Gerade auf kommunaler Ebene, die das Leben der Bürger unmittelbar und direkt beeinflusst, können dadurch die Anliegen und Ideen künftiger Betroffener verstärkt eingebracht und bedacht werden (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: S. 8f.). Dies wiederum kann die Umsetzung politischer Entscheidungen in großem Maße vereinfachen (vgl. Vetter 2011 oder Kubicek/Lippe/Koop 2011). Doch wie können Bürger ihre Meinungen und Ideen sinnvoll einbringen, wenn es um hochkomplexe Herausforderungen der zukünftigen Kommunalentwicklung geht? Und wie kann fachgerecht eingeschätzt werden, ob Projekte und Vorhaben realisierbar sind und welche Auswirkungen ihre Umsetzung haben wird?

Die Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt*

Hier setzte die Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an, welche im *Wissenschaftsjahr 2012 – Zukunftsprojekt Erde* 15 Kommunen in ganz Deutschland bei der nachhaltigen Gestaltung ihrer Zukunft gefördert hat. In der Projektphase von April 2012 bis Juni 2013 arbeiteten 15 ausgewählte Städte und Landkreise im Dialog mit ihren Bürgern daran, ihre kommunalen Strukturen fit für die Zukunft zu machen. Grundgedanke und gleichzeitig Besonderheit der Förderung all dieser Projekte war der Einbezug von Wissenschaft und Forschung, so dass die Visionen und Vorstellungen der Bürger durch wissenschaftliche Kenntnisse und Fachwissen zur nachhaltigen Entwicklung der Kommunen ergänzt wurden.

Evaluation durch *Wissenschaft im Dialog*

Der Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern birgt zwar ein enormes Potenzial zur einfacheren und beschleunigten Umsetzung von Projekten – er bedarf aber auch der Bereitschaft der unterschiedlichen Beteiligten, sich aufeinander einzulassen: Verschiedene Ansichtenweisen und Kommunikationsarten müssen aufeinander ab-

gestimmt werden, um einen Bürgerbeteiligungsprozess für alle Beteiligten erfolgreich zu gestalten. Dafür stehen inzwischen unzählige Ansätze, Verfahren und Methoden zur Verfügung (vgl. Nanz/Fritsche 2012).

Um zu erfassen, auf welche Art und Weise die Bürger wie auch die Wissenschaft in den Projekten der *ZukunftsWerkStadt* einbezogen wurden, und um die Erfahrungen des Austausches zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern festzuhalten, hat *Wissenschaft im Dialog* eine Evaluation der Bürgerbeteiligung durchgeführt.

Um dabei eine Vielfalt von Meinungen und Erfahrungen unterschiedlichster Akteure einzubeziehen, wurden innerhalb der Evaluation sowohl quantitative als auch qualitative Untersuchungsformen angewandt (Kapitel 2). Der vorliegende Evaluationsbericht präsentiert die Ergebnisse (Kapitel 3) der durchgeführten Befragungen und Interviews

- zum einen in Bezug auf die Beteiligungsprozesse, welche in den Kommunen stattgefunden haben,
- und betrachtet zum anderen die daran teilnehmenden Akteure und ihr Zusammenwirken.

Eingang fanden außerdem die zentralen Erkenntnisse eines Workshops zum Erfahrungsaustausch, der im September 2013 mit Projektbeteiligten in Berlin stattgefunden hat. In den Schlussfolgerungen (Kapitel 4) wurden die Ergebnisse zusammengeführt und konkrete Erfolgsfaktoren für gelungene Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern erarbeitet sowie zentrale Erkenntnisse und Herausforderungen für zukünftige Beteiligungsprozesse formuliert.



In den Projekten der *ZukunftsWerkStadt* – wie hier im Projekt „Besser zu Fuß unterwegs in Stuttgart“ – arbeiteten die geförderten Kommunen gemeinsam mit Wissenschaftlern und Bürgern zum Thema *Nachhaltige Entwicklungen*. Foto: Nicolas Leyva/Stadt Stuttgart

2. Methoden

2.1 Ziele der Evaluation

Bürgerbeteiligungsprozesse¹ unter Einbezug wissenschaftlicher Expertise ermöglichen eine datenbasierte Diskussion von Themen und Problemen mit Bürgern. Zugleich kann die Art, wie der Prozess gestaltet ist, starken Einfluss auf die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure haben. Die Evaluation der Bürgerbeteiligung hatte vor diesem Hintergrund die Ziele, die in den Kommunen² stattfindenden Prozesse zur Bürgerbeteiligung vergleichend zu beschreiben und die Qualität der Partizipation zu beurteilen. Darauf aufbauend war es weiteres Bestreben der Evaluation, Faktoren, die zum Gelingen der Bürgerbeteiligung in einem tripolaren Prozess (Kommune, Wissenschaft und Bürger) beigetragen haben, für zukünftige Projekte identifizieren zu können (vgl. Rowe/Frewer 2004 oder OECD 2005).

2.2 Verlauf der Evaluation

Um diesen unterschiedlichen Ansprüchen gerecht zu werden, wurde auf eine Verknüpfung verschiedener Methoden – Kurzfragebogen an Verwaltungsmitarbeiter, Befragung von Bürgern mittels standardisierter Fragebögen, Telefoninterviews mit zentralen Akteuren der ZWS-Projekte – zurückgegriffen. Zusätzlich wurden die Daten durch unterschiedliche Mitglieder des Projektteams ausgewertet, um somit zur Objektivität und Reliabilität der Ergebnisse beizutragen (vgl. Schnell/Hill/Esser 2008). Nachfolgende Abbildung zeigt schematisch den Verlauf der Evaluation der Bürgerbeteiligung in der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt*, die im Sommer 2012 startete und mit der Fertigstellung dieses Evaluationsberichts Ende des Jahres 2013 auslief.

1 In der Literatur wird *Bürgerbeteiligung* in der Regel als die Beteiligung von Einzelbürgern verstanden, während die Einbeziehung in Vereinen, Verbänden etc. organisierter Bürger als *Öffentlichkeitsbeteiligung* definiert ist (vgl. bspw. Arbter/Handler/Purker/Tappeiner/Trattnigg 2005: S. 6). Da in den ZWS-Projekten beide Ansätze verfolgt, aber nicht sprachlich unterschieden wurden, wird in diesem Bericht übergreifend der Begriff *Bürgerbeteiligung* genutzt und an einigen Stellen explizit die Beteiligung nicht institutionalisierter/nicht organisierter Bürger oder von Einzelbürgern genannt.

2 Der im weiteren Verlauf häufig genutzte Begriff der *Kommune* bzw. *Kommunalebene* schließt neben den Verwaltungseinheiten der Stadt oder der Gemeinde explizit auch die Verwaltungseinheit des Landkreises bzw. Kreises als untere politische Ebene mit ein (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: S. 8).

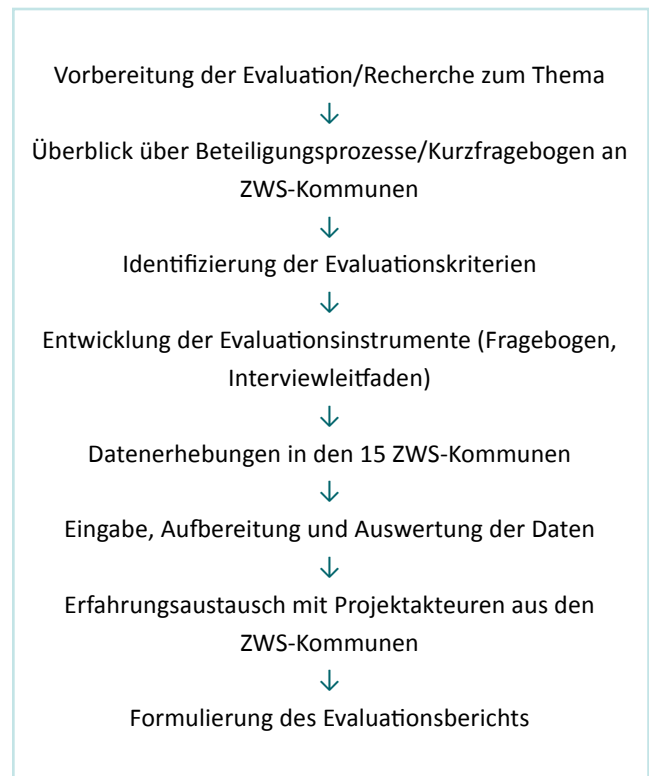


Abbildung 1: Überblick über den Verlauf der Evaluation

2.3 Entwicklung der Evaluationsinstrumente

Die für die Evaluationsziele nötigen Kriterien partizipativer Prozesse und ihre Operationalisierungen wurden zunächst aus Beispielen in der Fachliteratur (vgl. bspw. Pfenning/Benighaus 2008, Zimmer 2002 oder Vorwerk/Kämper 1997) und dem Forschungsprojekt *Wissenschaft debattieren!*³ (vgl. *Wissenschaft im Dialog* 2011) entnommen. Zeitgleich fand eine Abfrage der Konzeption der Bürgerbeteiligungsprozesse mittels eines Kurzfragebogens bei den Verwaltungsmitarbeitern der ZWS-Kommunen statt. Die Evaluationskriterien wurden auf ihre Übereinstimmung mit den Prozessen der Kommunen überprüft und um das Spezifikum der *ZukunftsWerkStadt* – Einbezug von Wissenschaft und

3 *Wissenschaft debattieren!* ist ein vom BMBF unterstütztes Forschungsprojekt, welches *Wissenschaft im Dialog* mit der Universität Stuttgart umgesetzt hat. Inhalt des Projektes war die Durchführung und Evaluation verschiedenster Veranstaltungsformate mit Bürgerbeteiligung.

Forschung – ergänzt.⁴ In Anlehnung an die zu operationalisierenden Kriterien enthielten sowohl der Fragebogen, mit welchem die subjektiven Einschätzungen beteiligter Bürger erfasst wurden, als auch der Interviewleitfaden, der für Befragungen von Verwaltungsmitarbeitern, Wissenschaftlern und Bürgern entwickelt wurde, Fragen zu folgenden Themenkomplexen: *Teilnahme/Motivation/Rolle des Befragten; Zusammenarbeit der Akteure; Prozesse, Ziele und Qualität der Bürgerbeteiligung; Zukünftige Effekte der Bürgerbeteiligung; Demographische Daten* (nur innerhalb des Fragebogens). Der Fragebogen bestand dabei zu weiten Teilen aus Aussagen, zu welchen die befragten Bürger ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer vierstufigen Skala ausdrücken konnten, und wurde durch Multiple-Choice-Fragen, einfache Ja-Nein-Fragen oder offene Fragen ergänzt.⁵ Der Interviewleitfaden war größtenteils explorativ aufgebaut und enthielt dementsprechend offene Fragen.

2.4 Ablauf der Datenerhebungen

Nach Fertigstellung der Evaluationsinstrumente wurde in Absprache mit den Projektverantwortlichen der ZWS-Kommunen die Einbindung der Befragungen der Bürger mittels des Fragebogens bei einer zentralen Veranstaltung gegen Ende des Projektes geplant. In einer Kommune wurde eine postalische Befragung durchgeführt, da eine zentrale Abschlussveranstaltung nicht stattfand und eine weitere Kommune führte als Teil ihres Projektes eine eigenständige Befragung durch, auf deren Ergebnisse teilweise zurückgegriffen wurde. Die hier vorgestellten quantitativen Ergebnisse beziehen sich daher in der Regel auf 416 Personen (13 Befragungen vor Ort und 1 postalische Befragung; bzw. 498 Personen bei zusätzlicher Nutzung projekteigener Daten der Kommune). Die Rücklaufquote der gültig ausgefüllten Fragebögen im Verhältnis zur Anzahl der anwesenden Beteiligten bei den 13 Befragungen vor Ort belief sich im Durchschnitt auf

4 Folgende Dimensionen eines Bürgerbeteiligungsprozesses gingen letztendlich durch Operationalisierung in die Evaluation ein: *Ansprache/Motivation der befragten Person; Ziele und Zielerreichung; Qualitäten der Zusammenarbeit im sachlichen wie auch kommunikativen Sinne mit Kommunalvertretern und Wissenschaftlern; Legitimation des Bürgerbeteiligungsprozesses; Fairness, Offenheit, Responsivität, Transparenz und Organisation der Prozesse; Verbindlichkeit und Effektivität der Bürgerbeteiligung; Repräsentativität der Ergebnisse* (vgl. bspw. Saam 2008 oder Kersting 2008 oder *Wissenschaft im Dialog* 2011).

5 Im weiteren Verlauf des Evaluationsberichts wird verallgemeinernd die Formulierung *Fragen innerhalb des Fragebogens* gewählt, auch wenn es sich bei der Zustimmung bzw. Ablehnung zu Aussagen nicht um Fragen im grammatikalischen Sinne handelt.

75 % (Standardabweichung = 15)⁶ und sichert damit die Repräsentativität der nachfolgenden Ergebnisse.

Die Telefoninterviews wurden nach Abschluss der Beteiligungsmaßnahmen des jeweiligen ZWS-Projektes in der Regel mit jeweils einem beteiligten Bürger, einem beteiligten Wissenschaftler und dem Projektverantwortlichen innerhalb der Kommunalverwaltung durchgeführt. Insgesamt 47 Akteure wurden in 46 Telefonaten (1 Interview mit 2 Akteuren) zur *ZukunftsWerkStadt* interviewt. Es handelte sich um 15 Bürger (6 Frauen, 9 Männer), 16 kommunale Ansprechpartner (6 Frauen, 10 Männer), 14 wissenschaftliche Projektpartner (4 Frauen, 10 Männer) sowie 2 weitere Akteure (1 Frau, 1 Mann). Den Interviewpartnern wurde dabei Anonymität zugesichert. Die explorativen Interviews wurden telefonisch anhand des Interviewleitfadens geführt und dauerten zwischen 20 und 60 Minuten (im Durchschnitt 44 Minuten).

2.5 Ablauf der Datenauswertungen

Alle Fragen des Fragebogens wurden zunächst deskriptiv ausgewertet. Zusätzlich wurde mittels einer Regressionsanalyse berechnet, welche Merkmale der Beteiligungsprojekte einen Einfluss auf die Beurteilung der Beteiligung durch die Bürger haben. Durch eine Faktorenanalyse wurden zehn mögliche Einflussfaktoren und zwei Kriterien identifiziert und anschließend die Zusammenhänge berechnet.⁷

Mögliche Einflussfaktoren:

- Faktor 1: Qualität der Veranstaltung
- Faktor 2: Beiträge der kommunalen Vertreter
- Faktor 3: Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler
- Faktor 4: Legitimation/Mandat des Prozesses
- Faktor 5: Transparenz/Dokumentation des Prozesses
- Faktor 6: Verbindlichkeit des Prozesses
- Faktor 7: Intensität der Beteiligung
- Faktor 8: Relevanz des Themas
- Faktor 9: Motivation der Beteiligten
- Faktor 10: Retrospektivität der Befragung⁸

6 Die Rücklaufquote der postalischen Befragung betrug 25 %.

7 Die detaillierte Darstellung der Faktorenanalyse und der Regressionsanalyse findet sich im Anhang.

8 In vier Kommunen konnte die Fragebogenerhebung nicht bei einer für das Projekt repräsentativen Veranstaltung durchgeführt werden. In diesem Fall wurde nicht nach der Qualität der aktuellen Veranstaltung, sondern allgemein nach den Veranstaltungen im jeweiligen ZWS-Projekt gefragt. Um durch Gedächtniseffekte verzerrte Beantwortungen des Fragebogens zu kontrollieren, wurde die Variable *Retrospektivität der Befragung* hinzugefügt und mit in die Auswertungen einbezogen.

Kriterien, welche die subjektive Zufriedenheit der Beteiligten mit dem Projekt widerspiegelten:

Für Modell 1: Zielerreichung der Veranstaltung

Für Modell 2: Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt

Die Auswertung der Ergebnisse der qualitativen Telefoninterviews erfolgte in Anlehnung an die von Mayring beschriebene qualitativ orientierte Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2010). Auf Grundlage der in eine Auswertungstabelle überführten Daten wurden zu jeder Frage induktiv sowie kommunen- und akteursübergreifend inhaltliche Kategorien gebildet und durch das Evaluationsteam diskutiert.

Neben den Auswertungen der Fragebögen und der qualitativen Telefoninterviews wurden auch die Ergebnisse der Kurzfragebögen, welche durch die Verwaltungsmitarbeiter der Kommunen beantwortet wurden und Informationen zu den Beteiligungsmaßnahmen der einzelnen ZWS-Kommunen enthielten, durch Häufigkeitsauszählungen ausgewertet und bilden die Grundlage der Prozessdarstellungen in Kapitel 3.3 *Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung*.⁹



In den ZWS-Projekten beschäftigten sich Akteure aus unterschiedlichen Bereichen gemeinsam mit der nachhaltigen Entwicklung ihrer Kommune. Im Projekt „Nullemissionsstadt Norderstedt“ arbeiteten verschiedene Projektgruppen an ihren Ideen, Norderstedt klimaneutral zu gestalten. Foto: Stadt Norderstedt



Besonderes Merkmal der *ZukunftsWerkStadt* war der Einbezug von Wissenschaftlern in Bürgerbeteiligungsprojekte – wie hier im Projekt „Nachhaltige Stadt Leutkirch“. Ziel der Evaluation war es unter anderem, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Bürgern und Wissenschaftlern zu betrachten. Foto: Stadt Leutkirch

⁹ Eine Aktualisierung der Kurzfragebögen erfolgte nach den Projektabschlüssen in den Kommunen, um mögliche Änderungen in der Prozessgestaltung, welche sich im Verlauf der Projekte ergeben hatten, zu erfassen.

3. Ergebnisse der Evaluation

Die in diesem Kapitel vorgestellten Evaluationsergebnisse beziehen sich auf die Befragungen in den 15 Städten und Landkreisen, die im Rahmen der *ZukunftsWerkStadt* gefördert wurden. Im Zeitraum von April 2012 bis Juni 2013 arbeiteten in den 15 ZWS-Kommunen Verwaltung, Wissenschaft und Bürger gemeinsam an Projekten zur nachhaltigen Gestaltung ihrer Städte und Landkreise. Die Inhalte der verschiedenen Projekte variierten dabei von Themen wie Fußverkehr bis hin zur Entwicklung eines Steuerungstools für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse. Tabelle 1 ermöglicht einen kurzen Überblick über die 15 ZWS-Kommunen und ihre Projekte, auf welche sich die folgenden Ergebnisse beziehen.

Themengruppe Mobilität

Bonn *Betriebe lösen Verkehrsprobleme*
 Bottrop *Elektromobilität wird real*
 Stuttgart *Besser zu Fuß unterwegs in Stuttgart*
 Leipzig *Leipzig weiter denken*
 Lübeck *Ein leises und klimafreundliches Lübeck*

Themengruppe Governance

Freiburg *Freiburger Nachhaltigkeitskompass*
 Landkreis Harz *Vision20Plus – Gemeinsam mehr bewegen*
 Ludwigsburg *Chancen für Ludwigsburg*
 Kreis Unna *Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna*
 Lüneburg *Gutes, nachhaltiges Leben in Lüneburg*

Themengruppe Klima/Energie

Göttingen *Klima-Werkstatt Göttingen*
 Konstanz *Konstanzer schaffen Klima*
 Leutkirch *Nachhaltige Stadt Leutkirch*
 Norderstedt *Nullemissionsstadt Norderstedt*
 Rhein-Hunsrück-Kreis *ZukunftsIdeen*

Tabelle 1: Überblick über die 15 ZWS-Projekte nach Themengruppen

Prozesse der Bürgerbeteiligung

3.1 Projektziele und Zielerreichung

Fazit: Die Auswertung der Befragungen ergab ein differenziertes Bild der Projektziele. Die Ziele der einzelnen ZWS-Projekte waren vielfältig und unterschieden sich sowohl bezüglich der Inhalte als auch des räumlichen Einbezugs und der Beteiligungszielsetzungen. Überwiegend wurden die Projektziele erreicht, vor allem wenn diese Ziele konkret und klar definiert waren. Auch wenn das Sammeln von Ideen als Projektziel definiert und erreicht wurde, wollten vor allem die Bürger erst die Umsetzung der Ideen als Erfolg werten. Daraus ergibt sich die Nachfrage nach Weiterführung/-förderung von Projekten.

Die Auswertung der Telefoninterviews machte deutlich, dass sich die ZWS-Kommunen mit ihren Projekten unterschiedlichen Herausforderungen und Fragestellungen rund um das Thema *Nachhaltige Entwicklungen* widmeten. Neben der inhaltlichen Diversität unterschieden sie sich außerdem im Hinblick auf den räumlichen Einbezug (Dorf, Stadtviertel, Landkreis etc.) sowie bezüglich der Beteiligungszielsetzungen (siehe Kapitel 3.3 *Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung*). Teilweise wurden auch mehrere nicht vergleichbare Teilprojekte in einer Kommune durchgeführt. In fast allen ZWS-Kommunen standen hierbei die inhaltlichen Ziele im Vordergrund.

In 8 der 15 Projekte wurde der Erkenntnisgewinn bezüglich Bürgerbeteiligungsverfahren als ein Teilziel genannt. In einer Kommune standen Fragen des Beteiligungsverfahrens im Zentrum des Projektes und die inhaltlichen Fragestellungen wurden hier von den Befragten nur nachrangig genannt. Bezügliches des Grads der Erreichung dieser genannten Ziele machten 24 der 47 befragten Personen Prozentangaben, wobei keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen Akteursgruppen bestanden. Manche Befragten machten für verschiedene Teilprojekte oder -ziele unterschiedliche Angaben, so dass sich insgesamt 42 genannte Prozentwerte ergaben, die sich wie folgt verteilen: 4 Angaben zwischen 35 % und 49 %; 7 Angaben zwischen 50 % und 69 % und 26 Angaben zwischen 70 % und 99 %. Eine 100%ige Zielerreichung wurde von 5 befragten Personen genannt.

In der weiteren Auswertung der genannten Projektziele und ihrer Zielerreichung wurde die naheliegende Vermutung, dass Projekte mit sehr abgegrenzten und überschaubaren Zielen, diese im geförderten Zeitraum erreichen konnten,

bestätigt. Das Beispiel einer ZWS-Kommune macht dies sehr gut deutlich: Als Projektziel wurde die Weiterentwicklung der alle drei Jahre stattfindenden Zukunftskonferenz angegeben. Neue, bisher nicht erreichte Zielgruppen sollten für die Teilnahme gewonnen und damit verbunden das Veranstaltungsformat für eine höhere Teilnehmerzahl weiterentwickelt werden. Ziel war somit, einen bestehenden Beteiligungsprozess zur nachhaltigen Stadtentwicklung zu verbessern und zu verstärken sowie die erarbeiteten Ansätze am Beispiel einer Beteiligungsveranstaltung umzusetzen. Dies gelang im Projektzeitraum in einer fruchtbaren Kooperation von Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern gut: Migranten und Jugendliche wurden als neue Zielgruppen für die Teilnahme an der Zukunftskonferenz gewonnen, die Teilnehmerzahl wurde verdoppelt, die Bürger entwickelten gemeinsam mit Verwaltung und Wissenschaft das Format der Konferenz weiter und die Ergebnisse flossen in die weitere Stadtentwicklung ein. Die Ziele des Projektes wurden erreicht, denn sie waren klar beschrieben sowie für den Projektzeitraum realistisch. Zudem wurde das Projekt durch erfahrene Akteure begleitet.

Viele andere ZWS-Kommunen setzten sich zum Ziel, gemeinsam mit den Bürgern Ideen und Lösungsansätze für die verschiedensten Herausforderungen nachhaltiger Stadtentwicklung zu erarbeiten, zum Beispiel Ideen zur Verbreitung der Elektromobilität, Ansätze zur Stärkung des ländlichen Raumes oder inhaltliche Vorarbeit für die Lärminderungsplanung. Auch diese Ziele der Ideenentwicklung ließen sich im Förderzeitraum bewältigen – je nach räumlicher Ausweitung, Erfahrungen und Prozessen im Vorfeld und der Komplexität der Handlungsebenen¹⁰ traten hier allerdings teilweise zeitliche Probleme auf. Das Ziel, Ideen zu sammeln, wurde hierbei von den Befragten mehrheitlich als erreicht eingeschätzt. Allerdings wiesen die meisten der befragten Personen – vor allem die Bürger – darauf hin, dass das Ziel genau genommen erst nach Umsetzung der gesammelten Ideen erreicht wäre. Auch wenn die Umsetzung in den Projektzielen nicht formuliert wurde, stellte sie für die befragten Bürger den Schlüssel für den Erfolg des Projektes dar und kann im Nachhinein die Beurteilungen der Projekte noch verändern und damit entscheidenden Einfluss auf das zukünftige Beteiligungsinteresse haben. Daraus rührt der Wunsch vieler ZWS-Kommunen nach einer weiteren Begleitung der gebildeten Arbeitsgruppen, der weiteren Bearbeitung der entwickelten Handlungsansätze durch die Verwal-

¹⁰ Beispiele für komplexe Handlungsebenen finden sich in den geförderten Kreisen, in denen teilweise weitere kommunale Verwaltungseinheiten und die jeweilige Öffentlichkeit einbezogen wurden.

lung und damit verbunden nach einer weiteren Förderung der ZWS-Projekte.

Für sehr komplexe Aufgabenstellungen – mit hohem Qualifizierungsbedarf der beteiligten Bürger, mit Bedarf an vorbereitenden Studien oder mit der Ansprache völlig neuer Zielgruppen – scheint der Projektzeitraum sehr kurz gewesen zu sein. In einem ZWS-Projekt wurde der Kontakt zu Betrieben gesucht, um sie für ihre Rolle in der Pendlerproblematik der Kommune zu sensibilisieren und für eigenverantwortliches Engagement zu aktivieren. Die Interviewpartner schilderten hier, dass die Ansprache der Betriebe sowie ihre Qualifizierung und Sensibilisierung zum Thema Verkehrsproblematik und den Möglichkeiten eines betrieblichen Mobilitätsmanagements sehr viel Zeit benötigt hätten. Daher standen die Betriebe zum Ende des Projektzeitraums noch nicht an dem Punkt, eigenverantwortlich mit Umsetzungsschritten zu starten.

3.2 Gründe für die Beteiligung der Bürger

Fazit: Bürgerbeteiligung wurde in den Städten und Landkreisen der ZWS als state of the art für die nachhaltige Kommunalentwicklung angesehen. Sie war ein entscheidendes Mittel zur Erreichung der jeweiligen Projektziele. Neben der Nutzung der Bürger als Ideen- und Lösungslieferant sowie als Resonanzraum für Vorhaben und Ideen von Verwaltung oder Wissenschaft diente die Beteiligung einer Aktivierung der Bürger für die spätere Umsetzung von Projekten.



In einigen ZWS-Projekten gaben die Bürger Rückmeldungen zu Vorhaben und Ideen der Verwaltung oder Wissenschaft. Im Leipziger Projekt fand dies mittels eines Voting-Tools in Echtzeit statt. Foto: Stadt Leipzig/ Fotograf Stefan Nöbel-Heise

Im Anschluss an die im vorherigen Kapitel dargelegten inhaltlichen Ziele der Projekte erläutert der folgende Abschnitt die Beweggründe, weshalb die ZWS-Kommunen und ihre wissenschaftlichen Partner bei der Bearbeitung ihrer jeweiligen Themen und Fragestellungen – neben Bürgerbeteiligung als zentrales Merkmal der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* – auf die Partizipation und Einbringung von Bürgern setzten. Seitens der Interviewpartner wurde an dieser Stelle auf eine Vielfalt von Gründen verwiesen, die sich zu weiten Teilen in drei große Blöcke einteilen lassen: Erstens aufgrund eines grundsätzlich partizipativen Verständnisses von Kommunalentwicklung; zweitens um Ideen und Lösungsansätze für die jeweilige Aufgabenstellung und Feedback zu von Verwaltung und Wissenschaft erarbeiteten Vorschlägen zu bekommen oder um Bedürfnisse der Bürger zu erfahren; drittens um Bürger für Projekte oder eigenverantwortliches Engagement zu aktivieren.¹¹

Partizipatives Verständnis von Kommunalentwicklung

„Wenn wir etwas verändern wollen, geht dies nur mit den Menschen. Die Entwicklung des Gemeinwohls geht nur im Dialog“, fasste eine befragte Person aus der Verwaltung ihr Verständnis von Stadtentwicklung zusammen. „Um die großen Zukunftsthemen zu diskutieren, [...] braucht man diese Sichtweisen“, merkte ein Bürger an. Und eine andere Begründung von Verwaltungsseite lautete: *„Wenn die Welt komplexer wird, müssen mehr Menschen denken. Wir werden die Herausforderungen der Zukunft ohne die Bürger nicht schaffen – Bürgerbeteiligung ist kompromiss- und alternativlos.“* In diesen Antworten wird deutlich, dass die Motivation, Bürger zu beteiligen, in vielen ZWS-Projekten in einem partizipativen Verständnis von nachhaltiger Entwicklung begründet lag. Es ging dabei nicht mehr um das *Ob*, sondern nur noch um das *Wie* der Beteiligung.¹²

11 Diese drei Cluster wurden aus jeweils 9 bis 10 Einzelnennungen (manche Befragte nannten mehrere Gründe) zusammengefasst. Bezüglich der zahlenmäßigen Nennung stehen sie also gleichberechtigt nebeneinander.

12 Diese Begründung der Bürgerbeteiligung war dabei innerhalb der Akteursgruppen sowohl der Kommunalverantwortlichen als auch der Bürger die relativ am häufigsten genannte Antwort, während sie von Seiten der wissenschaftlichen Projektpartner nur einmal genannt wurde. (5 von 14 Nennungen in der Gruppe der Kommunalverantwortlichen; 4 von 13 Nennungen innerhalb der befragten Bürger; 1 von 11 Nennungen seitens der Wissenschaftler.)

Bürger als inhaltlicher Lösungs- und Feedbackgeber oder Informationsquelle

„Bürgerwissen wird viel zu wenig genutzt für die Stadtentwicklung und Forschung“, so lautete die Feststellung eines wissenschaftlichen Partners. „Potenziale aufzudecken“ oder „Ideen für die anstehenden Herausforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu bekommen“, waren weitere Begründungen für Bürgerbeteiligung in den ZWS-Projekten, die zeigten, dass Bürger als Ideengeber und Wissenspotenzial gesehen und geschätzt wurden. In einem ZWS-Projekt wurden die Bürger einbezogen, um die erarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie zu überprüfen und zu konkretisieren. Währenddessen bestand in anderen ZWS-Projekten die Intention, die Bedürfnisse der Bürger als Grundlage für Fachplanungen oder Handlungsansätze der Verwaltung einzubeziehen.¹³

Aktivierung von Bürgern

In einigen Projekten oder Teilprojekten der *ZukunftsWerkStadt* waren Bürger die zentrale Akteursgruppe, da in diesen Fällen die Projektziele auf ein eigenverantwortliches und selbstständiges Handeln der Bürger setzten. Durch private Investitionen zur nachhaltigen Energieerzeugung, durch die Entwicklung und Durchführung von Projekten zum Klimaschutz oder durch die Umsetzung von betriebsinternen Maßnahmen zur Verringerung des Pendleraufkommens etc. sollten sich die Bürger beteiligen. Hier war die Begründung für ihre Beteiligung denkbar einfach, denn ohne sie wäre das gesamte Projekt bzw. die Umsetzung der Ergebnisse nicht möglich. In einzelnen Kommunen wurde von der befragten Person aus der Kommunalverwaltung der Wunsch nach Beteiligung noch verstärkt in Richtung eines Paradigmenwechsels: Weg vom Ruf nach der „Verwaltung, die handeln soll“ hin zu eigenverantwortlichem Handeln der beteiligten Bürger.¹⁴

13 Hierbei waren die Befragten aus der Wissenschaft die Akteursgruppe mit den relativ häufigsten Nennungen (4 von insgesamt 11 Nennungen aus dieser Akteursgruppe), gefolgt von der Gruppe der befragten Bürger (3 von insgesamt 13 Nennungen). Befragte aus den Verwaltungen dagegen nannten diese Gründe nur in 2 Fällen (insgesamt 14 Nennungen).

14 Bezüglich der Häufigkeit der Nennungen stehen in diesem Fall die Wissenschaftler mit 4 Nennungen (von insgesamt 11 Nennungen aus der Akteursgruppe) vor den Befragten aus den Verwaltungen mit 3 Nennungen (von insgesamt 14 Nennungen) und den Bürgern mit 2 Nennungen (von insgesamt 13 Nennungen).

Neben diesen drei großen Blöcken bezüglich der Begründungen für die Bürgerbeteiligung gab es weitere Angaben, die in den folgenden inhaltlichen Kategorien zusammengefasst werden können:¹⁵

- Um *Legitimation für das Verwaltungshandeln und/oder politische Entscheidungen* zu erhalten und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.
- *Forderung von Bürgern*: Die Forderungen nach Beteiligung seitens der Bürger waren dabei aufgrund vorhergehender Stadtentwicklungsprozesse, bei denen die Bürger zu wenig einbezogen waren, oder aus einer Bürgerinitiative heraus entstanden.
- *Erleichterung bei der Umsetzung*: Diese Begründung resultierte aus der Erfahrung, dass es weniger Widerstände und mehr Unterstützung in der Umsetzung von Projekten gab, wenn die Bürger in die Planung einbezogen waren.
- Ein *Projekt ist aus Bürgerengagement entstanden* und wurde auch weiterhin von den Bürgern getragen.
- *Anbindung der Wissenschaft* und ihrer Forschung an die Realität.

Anschließend wurden die Interviewpartner in den ZWS-Kommunen dazu befragt, ob zur Erreichung der in Kapitel 3.1 dargelegten Projektziele Bürgerbeteiligung notwendig gewesen sei. Von insgesamt 47 Interviewpartnern beantwortete eine große Mehrheit diese Frage mit „Ja“ und verwies auf die oben dargelegten Gründe zur Beteiligung von Bürgern. Zusätzlich wurden folgende Aspekte angeführt:

Bürger beteiligen die Verwaltung

In einer Kommune startete das ZWS-Projekt auf Grundlage einer Bürgerinitiative. Es wurde deutlich, dass ohne die Bürger dieses Projekt nicht entstanden wäre und auch die Umsetzung der Veranstaltungen größtenteils in den Händen der Bürger lag. Dabei entstand in einem der Interviews eine unerwartete Variante der Fragestellung: „War die Beteiligung der Verwaltung wesentlich für die Zielerreichung?“ Die Antwort der Verwaltung war ein klares „Ja“; allerdings weniger in Bezug auf die inhaltlichen Zielsetzungen, sondern als zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung.

(Weiter-)Entwicklung einer Beteiligungskultur

Die ZWS-Projekte stärkten in vielen Kommunen die Beteiligungskultur. *„Die Bürgerbeteiligung war mindestens genauso wichtig wie die Inhalte“*, so formulierte es eine befragte Person aus der Verwaltung. In einem weiteren Interview wurde angemerkt, dass durch den ZWS-Prozess in der Stadt jetzt über ein Gesamtkonzept zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Stadtentwicklung nachgedacht werde. Diese Einschätzung teilten viele Befragte und betonten, dass die Entwicklung einer echten Beteiligungskultur eine langfristige Aufgabe sei, die durch Maßnahmen wie die *ZukunftsWerkStadt* vorangetrieben werden könne.

Nur drei Personen (2 Bürger, 1 Wissenschaftler) verneinten die Frage nach dem Beitrag der Bürgerbeteiligung zur Erreichung der Projektziele. Seitens der beiden Bürger wurde die Bürgerbeteiligung als nicht ausschlaggebend eingeschätzt, da die Verwaltung das Projekt eigenständig hätte umsetzen können bzw. das Gremium, in welchem die interviewte Person eingebunden war, nicht für den Erfolg des Projektes ausschlaggebend gewesen sei. Die Person aus der Wissenschaft, welche diese Frage verneinte, begründete dies mit der Aussage, dass das inhaltliche Wissen, welches die Bürger eingebracht hatten, zu 95 % durch Verwaltung und Wissenschaft hätte geleistet werden können. Trotzdem bewertete diese Person die Bürgerbeteiligung als hilfreich auf der Ebene der Öffentlichkeitswirkung.

3.3 Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung

Fazit: Bürgerbefragung, Diskussionsrunde, Online-Plattform oder kreatives Format: Die Aktivitäten und Veranstaltungen, die in den ZWS-Projekten zur Beteiligung der Bürger stattgefunden haben, waren vielfältig und unterschieden sich in ihrer Ausgestaltung. Konsultationen der Bürger oder Kooperationen mit Bürgern bildeten dabei in vielen Projekten den Schwerpunkt der Beteiligung.

So vielfältig wie die Ziele der ZWS-Projekte und die Gründe, Bürger in die Bearbeitung des jeweiligen Themas einzubeziehen, waren auch die konkreten Aktivitäten und Veranstaltungen, die in den Kommunen stattgefunden haben. Die Intensität der Beteiligungsaktivitäten variierte dabei von Maßnahmen, die Informationen von den beteiligten Zielgruppen einholten (Typ A), bis hin zu Unterstützungen bürgereigener Projekte (Typ E). Abbildung 2 liefert einen ersten Überblick über die Typen von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen, die in

¹⁵ Diese Kategorien sind dabei mit jeweils 1 bis 3 Nennungen zahlenmäßig vergleichbar.

den ZWS-Kommunen stattgefunden haben. Anschließend werden die verschiedenen Möglichkeiten, Bürgerbeteiligungsmaßnahmen durchzuführen, entlang dieser Typen vorgestellt und mit Beispielen aus den ZWS-Kommunen ergänzt. Das Beteiligungskontinuum auf Seite 16 ordnet die ZWS-Projekte insgesamt bezüglich ihrer Beteiligungsintensität ein.

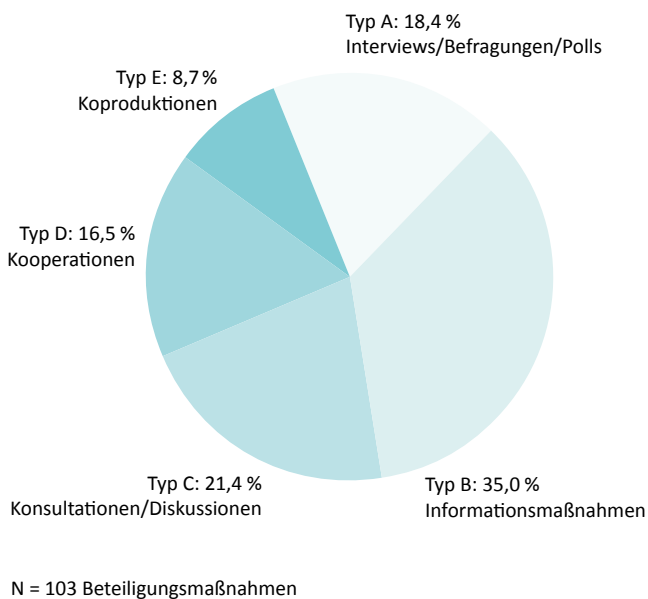


Abbildung 2: Häufigkeiten der Typen von Bürgerbeteiligungsaktivitäten in den ZWS-Projekten

Typ A: Interviews/Befragungen/Polls

Insgesamt 18,4 % aller Beteiligungsaktivitäten in den ZWS-Projekten waren Interviews, Befragungen oder Polls. Das Einholen von Informationen von den Bürgern stand in den Kommunen meist am Anfang der Beteiligung und die Ergebnisse dienten als Grundlage für eine spätere intensivere Beteiligung oder für begleitende wissenschaftliche Forschung. Befragungen erfolgten per Post, persönlich (beispielsweise als Befragung in der Fußgängerzone) oder als Online-Umfrage über den Internetauftritt des Projektes. Im Ludwigsburger Projekt wurden Interviews als Teil einer Milieuanalyse geführt, um zu erfahren, wie neue Zielgruppen als Teilnehmende für nachfolgende Bürgerbeteiligungsprozesse gewonnen werden können. In Bonn wurden Daten zum bisherigen und zukünftigen betrieblichen Mobilitätsmanagement durch standardisierte Fragebögen und Interviews in unterschiedlichen Betrieben gewonnen, um darauf aufbauend neue Lösungsansätze und Visionen zu entwickeln. Außerdem fanden beispielsweise im Projekt *Freiburger*

Nachhaltigkeitskompass mit verschiedenen Akteuren aus dem kommunalen Umfeld Strategiegelgespräche und Interviews als Teil einer Governanceanalyse statt.

Typ B: Informationsmaßnahmen¹⁶

Im Gegensatz zum geschilderten Einholen von Informationen bei den Bürgern geht es in dieser Kategorie um das Weitergeben von Informationen an die Zielgruppe mit Hilfe von Websites, Publikationen und Veröffentlichungen oder Informationsveranstaltungen. In den ZWS-Projekten entfiel auf diesen Typ mit 35 % ein Großteil aller Aktivitäten. Im Landkreis Harz wurden so unter anderem Schulungen für Hausmeister zum Thema *Energieeffizienz* angeboten, während im Leutkircher Projekt beispielsweise in einem ausgewählten Quartier eine Infoveranstaltung zum Thema *Nahwärme* durchgeführt wurde. Internetplattformen und Websites, die der Bündelung und Bereitstellung von Informationen und Aktivitäten dienen, wurden erstellt. Beispielhaft ist hier die Internetplattform *Die lernende Stadt*: Sie wurde von Lübeck und Norderstedt im Rahmen der ZWS genutzt, um Ideen oder Projekte rund um das Thema *Nachhaltige Stadtentwicklung* zu präsentieren, zu organisieren und zu vernetzen. Informationsveranstaltungen mit eventartigem Charakter wie Aktionstage dienten oftmals der ersten Ansprache einer möglichst breiten Öffentlichkeit und der Einbindung einer großen Anzahl von Bürgern in das jeweilige Projekt. Im Stuttgarter Projekt wurden so auf dem Stuttgarter Schlossplatz zwei Fußgängeraktionstage veranstaltet, innerhalb derer auf das Projekt *Besser zu Fuß unterwegs in Stuttgart* aufmerksam gemacht wurde und Informationen zum Thema Fußverkehr vermittelt wurden.

Typ C: Konsultationen/Diskussionen

Ein zentrales Element nahezu aller Projekte innerhalb der *ZukunftsWerkStadt* waren Beteiligungsveranstaltungen (Typ C: 21,4 % aller Aktivitäten), die neben der Information vor allem der Konsultation der Bürger bzw. der zu beteiligenden Zielgruppe und der Diskussion von Themen, Fragestellungen und Problemen dienten. Zukunftskonferenzen, Werkstattverfahren oder Dialogforen wurden genutzt, um gemeinsam

¹⁶ In der Literatur zum Thema Bürgerbeteiligung lassen sich hierbei verschieden Meinungen bezüglich der Frage finden, ob das Einholen von Informationen bei Bürgern bzw. das Bereitstellen von Informationen für Bürger bereits als Beteiligung bewertet werden kann. In vielen Fällen dienen Maßnahmen des Typs A oder B jedoch als Voraussetzung für vertiefende Beteiligung und wurden aus diesem Grund eingeschlossen.

Typ A	Typ B	Typ C	Typ D	Typ E
		Rhein-Hunsrück-Kreis		
			Lübeck	
		Leipzig		
			Konstanz	Göttingen
		Kreis Unna	Ludwigsburg	
			Landkreis Harz	Norderstedt
		Stuttgart		
			Freiburg	Lüneburg
		Bonn		
			Bottrop	
		Leutkirch		

Abbildung 3: Intensität der Bürgerbeteiligung in den ZWS-Projekten¹⁷

Visionen, Ideen und Lösungsansätze zu entwickeln. In der *Leipziger Zukunftsreihe* wurden Meinungen der Bürger eingeholt und Ideen zu vier Themenbereichen der nachhaltigen Stadtentwicklung gesammelt. Das Projekt im Rhein-Hunsrück-Kreis führte in den sechs Verbandsgemeinden und der Stadt Boppard Zukunftswerkstätten und Werkstattgespräche durch, um Maßnahmen zu entwickeln, wie Handlungsbedarfe in der Daseinsvorsorge durch Wertschöpfung aus regenerativer Energieerzeugung behoben werden können. In der Bottroper Veranstaltung *Elektromobilität visionär* wurden Ideen, Visionen und Anforderungen für Elektromobilität in Bottrop entwickelt.

Typ D: Kooperationen

In einigen ZWS-Projekten kam es zu Kooperationen zwischen der Kommune/Verwaltung und den Bürgern (Typ D: 16,5 % aller Aktivitäten) zur gemeinsamen Gestaltung ihrer Kommune. Hier wurden gemeinsam Projekte und Aktivitäten initiiert, entwickelt oder durchgeführt. Beispielhaft zu nennen sind die *Göttinger Klima-Werkstätten*, in denen ausgewählte Bürger für ihre Projekte seitens der Stadt Göttingen verschiedenartige Hilfestellungen erhielten, um diese vorzustellen, weiterentwickeln und umsetzen zu können. In den Konstanzer Teilprojekten *Ortsmitte Litzelstetten und Dettingen* bildeten sich sogenannte *Spurgruppen* von und mit Bürgern. In diesen kleinen, aber divers besetzten Gremien wurde dabei intensiv an den Kriterien für einen Architekturwettbewerb zur Neugestaltung der Ortsmitten gearbeitet.

Typ E: Koproduktionen

Die intensivste Form der Bürgerbeteiligung waren Prozesse, in denen autonome Aktivitäten der Bürger lediglich durch die Kommune/Verwaltung unterstützt oder gefördert wurden (Typ E: 8,7 % aller Aktivitäten). In diesem Fall lag die Verantwortung für den Verlauf des Prozesses nicht bei der Kommunalverwaltung, sondern die Steuerung der Prozesse lag zu einem Großteil in den Händen der Bürger. Beispielhaft ist der Lüneburger *DialogN* zu nennen, bei dem in einem ergebnisoffenen und prozessorientierten Projektablauf Elemente intensiver Beteiligung stattfanden. Die Aktivitäten und Formate des Projektes wurden zu einem großen Teil von den Bürgern ausgewählt und in teilweise kreativen Beteiligungsformaten mit Inhalt gefüllt. In Norderstedt konnten bei einer ersten Beteiligungsveranstaltung Bürger ihre Ideen und Themen einbringen, wie ihre Stadt das Ziel der Klimaneutralität erreichen kann. Es bildeten sich Projektgruppen zu unterschiedlichen Ansätzen. Der Beitrag der Verwaltung bestand in der Bereitstellung von Hilfestellungen für alle oder auch einzelne Projektgruppen oder in der Vernetzung der Projekte untereinander.

¹⁷ Wenn die Maßnahmen eines Projektes aufeinander aufbauten, wurde an dieser Stelle die höchste Beteiligungsintensität gewählt. Im Falle von verschiedenen Teilprojekten mit unterschiedlichen Beteiligungsintensitäten innerhalb eines ZWS-Projektes wurde die durchschnittliche Beteiligungsintensität gewählt. Insgesamt basiert die Einordnung auf Informationen der Projektverantwortlichen der ZWS-Kommunen sowie einem Vergleich der Maßnahmen.

3.4 Beiträge der Wissenschaft

Fazit: Die Beiträge der Wissenschaft wurden in der Regel als hilfreich, wichtig und oftmals sogar als „tragende Säule“ der Prozesse in den ZWS-Projekten empfunden. Analysieren, Daten erheben, Technik bereitstellen, Beteiligen und Evaluieren – die Aufgaben und Rollen, die Wissenschaftler in den Projekten übernahmen, waren vielseitig und eröffneten einen Einblick in die Potenziale der Kooperation mit Wissenschaft.

Nach der Vorstellung der Bürgerbeteiligungsmaßnahmen in der *ZukunftsWerkStadt* widmet sich das folgende Kapitel den wissenschaftlichen Beiträgen in den Projekten. Wie bereits in der Einleitung dargelegt, zeichnete sich die Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* durch einen integrativen Ansatz aus, in dem – neben der Beteiligung von Bürgern – Wissenschaftler mit an den Projekten arbeiteten und in die Dialoge zur nachhaltigen Entwicklung der Kommunen einbezogen wurden.

Zunächst einmal ist dabei festzustellen, dass der Beitrag der Wissenschaft von allen interviewten Personen der 15 Kommunen mit Ausnahme von zwei Interviewpartnern als gelungen, hilfreich und wichtig für die Zielerreichung der Projekte dargestellt wurde. Dies spiegelte sich auch in der Einschätzung der Anwesenheit und der Beiträge der Wissenschaftler auf Veranstaltungen seitens der mit Fragebögen befragten Bürger wider. 47,4 % der befragten Bürger antworteten, dass auf allen von ihnen besuchten Veranstaltungen Wissenschaftler anwesend waren und nur 7,5 % gaben an, dass dies bei keiner Veranstaltung der Fall war (weitere Antworten: 29,3 % Ja, bei mehreren; 9,1 % Ja, bei einer; 6,7 % keine Angabe). Außerdem stimmten 76,7 % der befragten Bürger der Aussage „Die Wissenschaftler haben interessante Informationen geliefert und neue Sichtweisen aufgezeigt.“ vollkommen oder eher zu (siehe Abbildung 4).¹⁸

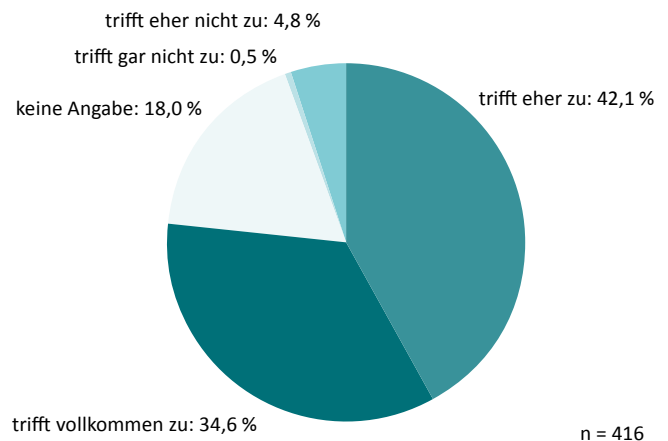


Abbildung 4: „Die Wissenschaftler haben interessante Informationen geliefert und neue Sichtweisen aufgezeigt.“

In den beiden Ausnahmefällen, in welchen eine interviewte Person den Beitrag der Wissenschaft nicht als hilfreich und zielführend bezeichnete, konnten folgende Erklärungen gefunden werden: In einer ZWS-Kommune wurden zur Qualifizierung der Bürgerprojekte – der geplante Beitrag der Wissenschaft – andere Fähigkeiten und Inhalte benötigt, als der wissenschaftliche Partner anbieten konnte. Hier haben der Dienstleister für die Bürgerbeteiligung sowie Coaches und Trainer diese Lücke gefüllt. In der zweiten Kommune verlief die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wissenschaft unbefriedigend und entsprechend war der Einbezug der Wissenschaft hier nicht gelungen (siehe auch Kapitel 3.9 *Zusammenarbeit von Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern*).

Dabei übernahmen die beteiligten Wissenschaftler unterschiedliche Aufgaben und Rollen. Übergreifend lassen sich diese in die folgenden Kategorien einordnen: *Nutzung wissenschaftlicher Expertise auf Veranstaltungen, begleitende Forschung und Prozessberatung und Moderation*.¹⁹ In manchen Projekten übernahm ein wissenschaftlicher Partner sogar beide Rollen; in anderen Projekten waren zwei wissenschaftliche Partner beteiligt, die jeweils Aufgaben aus einem der beiden Bereiche übernahmen. In vielen weiteren Projekten wiederum gab es externe Dienstleister für die Konzeption und Umsetzung der Beteiligungselemente. Bemerkenswert ist an dieser Stelle außerdem, dass in den Projekten, in welchen die Wissenschaft sowohl die Wissensvermittlung oder Forschungsleistung als auch die Moderationsaufgabe innehatte, die Doppelrolle von keinem der Befragten – auch auf Nachfrage hin – als Konfliktpotenzial genannt wurde.

¹⁸ Insofern nicht abweichend angegeben, beziehen sich alle nachfolgenden Auswertungen von Fragen des Fragebogens – wie im Kapitel 2.4 *Ablauf der Datenerhebungen* erläutert – auf eine Stichprobe n = 416.

¹⁹ Die Auflistung entspricht der Häufigkeit der Nennungen. Die ersten drei Aspekte sind große Kategorien mit jeweils 12 bis 16 Nennungen.

Nutzung wissenschaftlicher Expertise auf Veranstaltungen

Wissenschaftliche Beiträge auf Veranstaltungen waren der am häufigsten genannte Beitrag der Wissenschaft in den ZWS-Projekten. So wurden beispielsweise Potenziale verschiedener Techniken deutlich gemacht oder Know-how und Lösungen für Fachfragen eingebracht. Ein befragter Bürger fasste es wie folgt zusammen: *„Die Wissenschaftler waren hervorragend. Sie haben das alles nüchtern und verständlich erklärt, haben inhaltliche Irrtümer beseitigt und waren gerade neben der Verwaltung sehr wichtig als erfahrene Personen zum Thema.“*

Begleitende Forschung

Studien und Analysen sowie Datenerhebungen unterschiedlicher Art waren die am zweithäufigsten genannten Beiträge der Wissenschaft. Darunter fielen häufig Befragungen, für welche die wissenschaftlichen Partner die Erarbeitung des Fragebogens sowie die Durchführung und Auswertung der Befragung übernommen haben. Ebenso wurden inhaltliche Studien oder Analysen als Projektbeitrag genannt; zum Beispiel eine Akteursgruppen- und Milieuanalyse zur Identifizierung und Gewinnung der für das Projekt interessanten Zielgruppen oder eine *Blitzer-Studie* zur Wirkung von Geschwindigkeitskontrollen im Straßenverkehr. Es wurden außerdem Indikatoren für nachhaltige Entwicklungen erarbeitet oder Machbarkeitsstudien für technische Vorhaben erstellt.

Prozessberatung, Moderation

Als weitere wichtige Beiträge seitens der Wissenschaft wurden die Beratung zum und die Mitarbeit am gesamten Prozessaufbau genannt. Hier überschneidet sich der Beitrag der Wissenschaft mit dem Beitrag der in vielen Projekten eingesetzten externen Dienstleister. So kommt es, dass in einem Projekt der externe Dienstleister auch fachliche Beratung und Unterstützung von Bürgerprojekten übernahm, in anderen Projekten der wissenschaftliche Partner die Moderationsleistung. Die konkreten Beiträge in diesem Bereich waren beispielsweise die Konzeption des Projektaufbaus, die laufende Prozessberatung oder die Begleitung der Steuerungsgruppe. Außerdem wurden Veranstaltungen von wissenschaftlichen Partnern moderiert, Beteiligungsformate oder

spezielle Dialogtechniken erarbeitet und Diskussionsrunden angeboten.

Neben diesen drei häufig genannten Kategorien wurden in den Interviews noch weitere vereinzelte Projektbeiträge der Wissenschaftler genannt, die im Folgenden kurz erläutert werden:²⁰

- *Dialog- und Feedback-Partner*: Ideen und Anregungen von Bürgern oder aus der Verwaltung reflektieren und kommentieren sowie Feedback aus wissenschaftlicher Sicht geben (unter anderem auch in Einzelgesprächen mit Bürgern).
- *Programmierungsleistungen*, zum Beispiel der Website, einer App oder von Smartgrid-Anwendungen
- *Governanceanalysen*, in denen Verwaltungsstrukturen analysiert und Empfehlungen für eine nachhaltige Weiterentwicklung erarbeitet wurden
- *Öffentlichkeitsarbeit* in Form von Pressemitteilungen oder Plakaten
- *Beratung und Begleitung von im Prozess entwickelten Projekten/Arbeitsgruppen*
- *Fachliche Beratung von Firmen* zum Thema des Projektes
- *Technikbeschaffung*, beispielsweise für spezielle Verkehrszählungen
- *Beispiele und Good-Practice-Lösungen* recherchieren und präsentieren
- *Überzeugungsarbeit in politischen Gremien*
- *Begleitende Evaluation* der Projekte

²⁰ Diese Beiträge wiesen jeweils 1 bis 4 Nennungen auf. Auch hier folgt die Auflistung entsprechend der Häufigkeit der Nennungen.

3.5 Zufriedenheit mit der Bürgerbeteiligung

Betrachtet man nun die Frage, wie die Befragten die bisher dargestellten Prozesse in den Projekten und die Maßnahmen der Bürgerbeteiligung bewertet haben, kann dabei zwischen der Beurteilung der einzelnen Beteiligungsveranstaltungen, innerhalb welcher auch die Befragungen der Bürger stattfanden, und der Zufriedenheit mit dem jeweiligen kommunalen Gesamtprojekt unterschieden werden. Entlang dieser Aspekte erfolgt daher die Vorstellung der nachfolgenden Ergebnisse.

Zufriedenheit mit den Veranstaltungen

Fazit: Die Beteiligungsveranstaltungen in den ZWS-Projekten wurden in der Regel als inhaltlich und organisatorisch gut gelungen bewertet. Sie ermöglichten nach Ansicht der Befragten offene und ausgeglichene Diskussionen. Die Ziele der einzelnen Veranstaltungen im übergeordneten Beteiligungsprozess konnten oftmals nur bedingt erfüllt werden.

Übergreifend lässt sich feststellen, dass die befragten Bürger generell mit den Veranstaltungen in den ZWS-Projekten zufrieden waren. Besonders positiv wurden dabei die Strukturierung des Ablaufs, der organisatorische Rahmen und die Moderation der Veranstaltungen hervorgehoben, die jeweils über 85 % der befragten Bürger eher oder vollkommen positiv bewerteten. Auch die Diskussionen innerhalb der Veranstaltungen beurteilten die Bürger als offen und ausgeglichen, wie beispielsweise Abbildung 5 zeigt.

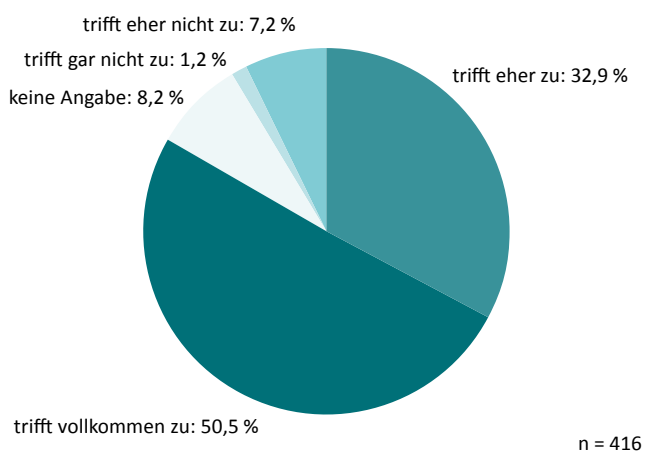


Abbildung 5: „Ich konnte meine Meinungen und Ideen in die Diskussion einbringen.“

Einzelne gelungene Veranstaltungsformate sowie auch Methoden und Verfahren, welche während der Veranstaltungen angewandt und genutzt worden waren, wurden auch in den Interviews von Bürgern und Akteuren aus der Verwaltung und der Wissenschaft betont. Insgesamt 19 Interviewpartner äußerten dabei beispielsweise: das Konzept von Bürgerbotschaftern in Stadtteilen; die Spielplatzaktion *Tausche Idee gegen Kaffee*, innerhalb welcher Eltern, Großeltern, Geschwister auf Spielplätzen Ideen zum Klimaschutz in der Kommune einbringen konnten und dafür eine Tasse ökologisch angebauten und fair gehandelten Kaffees bekamen; eine Konferenz mit Ideenversteigerung, bei welcher eine Idee von der nächsten überboten werden musste, oder ein Voting-Tool, mit dem Teilnehmende während einer Werkstatt zum Thema *Nachhaltige Finanzen* in Echtzeit ihre Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken konnten.

Etwas schlechter wurde die Transparenz bzw. Kommunikation bezüglich der Ergebnisse der Veranstaltungen eingeschätzt, da die Frage, ob ihnen zur jeweiligen Veranstaltung eine Dokumentation oder ein Protokoll zugänglich gemacht werde, nur 44,5 % der Bürger bejahten. Fast ebenso viele Befragte (41,8 %) antworteten mit „Weiß nicht“ und 6,5 % verneinten diese Frage (7,2 % keine Angabe). Auch die Zielerreichung der Veranstaltungen wurde im Vergleich zu anderen Veranstaltungsaspekten seitens der befragten Bürger in hohem Maße nur bedingt positiv eingeschätzt (siehe Abbildung 6).

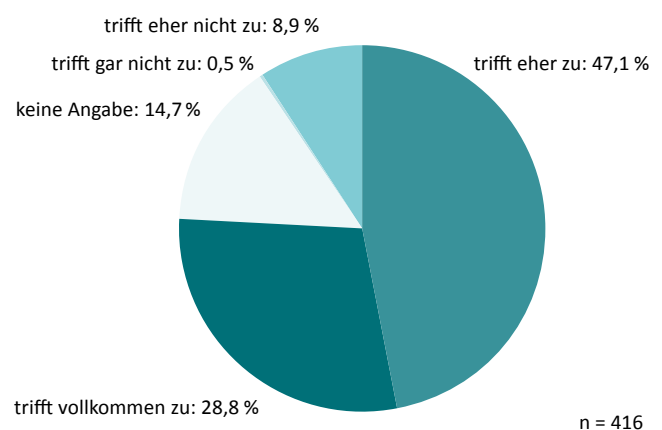


Abbildung 6: „Die Ziele der Veranstaltung wurden erreicht.“

Betrachtet man außerdem – wie in Kapitel 2.5 *Ablauf der Datenauswertungen* erläutert – mittels einer Regressionsanalyse, welche der zehn Faktoren einen Einfluss auf die Einschätzung der *Zielerreichung der Veranstaltung* durch die Bürger haben, wird deutlich, dass an dieser Stelle neben dem sehr relevanten Einflussfaktor *Qualität der Veranstaltung* auch die Beiträge der kommunalen Vertreter einen signifikanten Einfluss hatten (siehe Tabelle 2). Insgesamt lässt sich dabei durch dieses Modell, d. h. durch diese zwei Faktoren, 41 % der Varianz im Antwortverhalten zur Zielerreichung erklären (siehe Tabelle 6 im Anhang).

	Standardisierte Koeffizienten		t	Signifikanz
	Beta			
Beiträge der kommunalen Vertreter	,13		2,42	,02
Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler	,07		1,41	,16
Qualität der Veranstaltung	,58		10,81	,00

Tabelle 2: Teststatistik des Modells – Zielerreichung der Veranstaltung²¹

Zufriedenheit mit den Gesamtprojekten

Fazit: Bürger, Verwaltungsmitarbeiter und Wissenschaftler erlebten die ZWS-Projekte als partizipative Prozesse, die sich durch einen offenen Ansatz auszeichneten und besondere Erlebnisse und positive Erfahrungen ermöglichten. Als Schwierigkeiten wurden dabei die Kürze der Projektlaufzeit und die Ansprache von nicht institutionalisierten Bürgern wahrgenommen.

Betrachtet man nun – neben den einzelnen Veranstaltungen im Projekt – die Zufriedenheit der Akteure mit dem jeweiligen Gesamtprojekt, lässt sich auch hier ein deutlich positives Urteil erkennen. So gaben über 70 % der befragten Bürger im Fragebogen an, dass es möglich war, eigene Ideen in das Projekt einzubringen, und knapp 90 % empfanden einen deutli-

²¹ Die Ergebnisse der Regressionsanalyse mit dem Kriterium *Zielerreichung der Veranstaltung* und den zehn Faktoren zeigen einen signifikanten Effekt der Faktoren *Beiträge der kommunalen Vertreter* ($p < .05$) und *Qualität der Veranstaltung* ($p < .001$) auf die empfundene Zielerreichung der Veranstaltung. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die standardisierten Beta-Gewichte der Faktoren und die Teststatistik t mit den zugehörigen Signifikanzwerten. Dabei wird ersichtlich, dass der Faktor *Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler* keinen signifikanten Beitrag zur Vorhersage dieses Kriteriums leisten konnte ($p > .05$).

chen eigenen Kenntniszuwachs zum jeweiligen Projektthema des Projektes. Auch die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Projekt insgesamt beantwortete die überwiegende Mehrheit der Bürger positiv (siehe Abbildung 7).

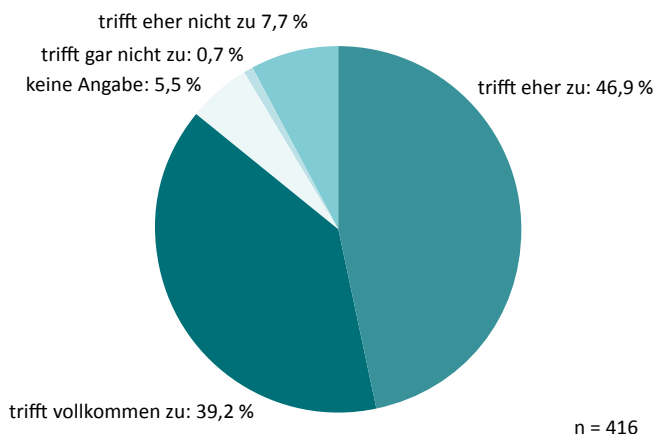


Abbildung 7: „Ich bin mit dem Projekt insgesamt zufrieden.“

Auch in Bezug auf die Einschätzung der *Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt* durch die Bürger wurde mittels einer Regressionsanalyse berechnet, welche Faktoren einen Einfluss ausüben. Wiederum ist hier – wie im Falle der Einschätzung der *Zielerreichung der Veranstaltung* – der Faktor *Qualität der Veranstaltung* von bedeutendem Einfluss. Zusätzlich beeinflussen die Faktoren *Beiträge der kommunalen Vertreter*, die *Verbindlichkeit des Prozesses* und auch die *Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler* die Beurteilung der Projekte durch die Bürger signifikant im positiven Sinne (siehe Tabelle 3). Erneut lassen sich 41 % der Varianz bezüglich der Einschätzung der *Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt* durch die genannten Faktoren erklären (siehe Tabelle 7 im Anhang).

	Standardisierte Koeffizienten	t	Signifikanz
	Beta		
Beiträge der kommunalen Vertreter	,21	4,06	,00
Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler	,1	1,94	,05
Qualität der Veranstaltung	,42	7,74	,00
Verbindlichkeit des Prozesses	,14	2,65	,01
Retrospektivität der Befragung	-,12	-2,34	,02

Tabelle 3: Teststatistik des Modells – Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt²²

Auch innerhalb der Interviews wurde die Zufriedenheit mit dem jeweiligen ZWS-Projekt von vielen Akteuren bestätigt, wie bereits in Kapitel 3.1 bei der Beschreibung der Zielerreichung der Projekte deutlich wurde. Zusätzlich empfanden 17 der 47 Interviewpartner den partizipativen Charakter der ZWS-Projekte als besonders gelungen.²³ Der offene Rahmen der ZWS ermöglichte so Mitsprachemöglichkeiten für die Bürger und eine gleichberechtigte Diskussionskultur. Die Interviewten betonten darüber hinaus die Wertschätzung des Prozesses durch alle Beteiligten und die demokratischen Entscheidungsfindungen. Es gelang gut, „die Problemstellung gemeinsam ohne Zuweisung von Verantwortung“ oder Konkurrenzsituationen festzulegen. Gerade die Möglichkeit auch kontroverse Diskussionen zu führen, wurde hervorgehoben. Die Gruppe der befragten Bürger betonte, wie beeindruckend es gewesen sei, „zu sehen, was passiert, wenn die

²² Die Ergebnisse der Regressionsanalyse mit dem Kriterium *Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt* und den 10 Faktoren zeigten einen signifikanten Effekt der Faktoren *Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler*, *Retrospektivität der Befragung* und *Verbindlichkeit des Prozesses* ($p \leq .05$) sowie der Faktoren *Qualität der Veranstaltung* und *Beiträge der kommunalen Vertreter* ($p < .001$) auf die empfundene *Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt*. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die standardisierten Beta-Gewichte der Prädiktoren und die Teststatistik t mit den zugehörigen Signifikanzwerten. Der signifikante Einfluss des Faktors *Retrospektivität der Befragung* auf die beurteilte Gesamtzufriedenheit – und vielmehr die negative Korrelation des Faktors mit dem Kriterium – gibt Hinweise darauf, dass die Befragten sich weniger zufrieden mit dem Projekt zeigen, wenn sie mit einer zeitlichen Verzögerung dazu befragt wurden. Hier sollte in zukünftiger Forschung geklärt werden, ob Gedächtniseffekte bzw. die Zeit zur Reflexion der Veranstaltung oder aber Unzufriedenheit mit der langfristigen Umsetzung von Ergebnissen eine Rolle spielen.

²³ Dieses Ergebnis wurde wiederum durch die Antworten auf die offene Frage nach Lob und Kritik innerhalb der Fragebögen bestätigt.

Leute die Beteiligungsmöglichkeiten nutzen. Es entsteht Gemeinschaft und Solidarität, Menschen können sich frei entfalten und es hat Spaß gemacht.“

Als Schwierigkeit im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde dabei von 7 der 47 Interviewpartner die Kürze der Projektlaufzeit der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* genannt und 13 Interviewpartner hätten sich mehr Zeit für die Beteiligung der Bürger gewünscht. Gerade bei der Aktivierung spezieller Zielgruppen oder bei Projekten, die nicht auf bereits bestehenden Prozessen aufbauen konnten, wurde der Projektzeitraum als sehr kurz eingeschätzt. Dies war auch der Fall, wenn das Projekt aufgrund der angespannten Haushaltslage erst nach Erhalt des Zuwendungsbescheides starten konnte. Mehr Zeit hätte dann für „die Aktivierung und das inhaltliche ‚Fit-Machen‘ der Bürger“ genutzt werden können oder hätte dazu gedient, „die Umsetzungsphase besser vorzubereiten“. Andere Interviewpartner hätten sich mehr Zeit gewünscht, um ausreichend „Vorlaufzeit für Prozessplanung, -werbung, -sensibilisierung“ zu haben und damit das Projekt intensiver zu gestalten oder auch, um sich als Steuerungsgruppe besser inhaltlich einzuarbeiten und abzustimmen.

3.6 Zukünftige Effekte

Fazit: Eine Arbeitsgruppe setzt ihr Projekt um, ein neues Gremium arbeitet weiter am Thema, die lokale Beteiligungskultur wurde gestärkt: Die ZWS-Projekte werden auf verschiedensten Ebenen auch über die Projektlaufzeit hinaus Effekte nach sich ziehen und Veränderungen bewirken. An anderen Stellen kann nach Ende der Projektlaufzeit – und dem Wegfall der damit verbundenen Projektförderung – die weitere Umsetzung der Ergebnisse oder die Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements nicht immer sichergestellt werden. Nicht in allen Kommunen ist es gelungen, Transparenz gegenüber den Bürgern bezüglich der Umsetzung der Ergebnisse und weiteren Beteiligungsmöglichkeiten herzustellen. Jedoch besteht eine hohe Bereitschaft der befragten Bürger, auch in Zukunft wieder an einem ähnlichen Projekt teilzunehmen.

Alle 15 ZWS-Kommunen stellten sich mit ihren Projekten der Herausforderung, ihre Entwicklung gemeinschaftlich nachhaltig zu gestalten, was sowohl auf den einzelnen Veranstaltungen als auch in Bezug auf die Gesamtprojekte gut gelang. Doch welche Effekte wird die Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* nach sich ziehen? Welche Auswirkungen haben

die ZWS-Projekte über die Förderlaufzeit hinaus? Dies soll im folgenden Kapitel näher erläutert werden.

39 der 47 Interviewpartner beantworteten dabei die Frage, ob die ZWS in ihrer Kommune auch über die Dauer des Projektes hinaus Effekte haben werde, mit einem klaren „Ja“ und führten dabei circa 70 Aspekte an, um diese Einschätzung zu erläutern. Diese lassen sich in drei große Bereiche einteilen:

- Fortführung der erarbeiteten Ansätze
- Neue Gremien/Projekte
- Partizipation/Vernetzung

Fortführung der erarbeiteten Ansätze

Erarbeitete Maßnahmen werden umgesetzt.

11 Nennungen

„Die Projekte sind in Umsetzung“, stellte ein Befragter kurz und knapp fest. Mehrere Interviewpartner bestätigten dies für ihre Kommune: In einzelnen beteiligten Betrieben werden kleinere Maßnahmen umgesetzt; gute Erfahrungen wie ein Fahrerlebnistag zum praktischen Kennenlernen der E-Mobilität werden wiederholt; eine Stadtgrün-Gruppe beginnt mit Bepflanzungsaktionen; ein Gewerbepark mit Beachtung nachhaltiger Mobilität entsteht; ein Projekt mit dem Titel *Gemeindeschwester* zur besseren ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum soll ausgeweitet werden; erste kleine bauliche Verkehrsmaßnahmen wurden bereits umgesetzt. Aktiv werden dabei die Verwaltungen genauso wie die Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft (Bürgergruppen, Vereine etc.). Diese ersten Umsetzungsansätze in einzelnen Kommunen bedeuten aber keineswegs, dass alle Ergebnisse der ZWS-Projekte jetzt umgesetzt werden können (siehe weiteren Verlauf des Kapitels).

Arbeitsgruppen arbeiten weiter an der Umsetzung der Projekte.

11 Nennungen

In den Projekten, in welchen Arbeitsgruppen über eine Veranstaltung hinaus gebildet wurden, wird zu einem großen Teil in diesem System weitergearbeitet. Die Gruppen stehen an verschiedenen Punkten: Mal kurz vor der Umsetzung, mal noch in der Ausarbeitungsphase. Viele Gruppen werden von der Verwaltung in unterschiedlicher Intensität weiter betreut, während manche selbstorganisiert weiterarbeiten.

Ergebnisse fließen in Planungen ein.

6 Nennungen

Die erarbeiteten Ergebnisse sollen durch Beschlüsse politischer Gremien bestätigt werden oder fließen in Rahmen- oder Masterpläne ein und werden somit Grundlage für das zukünftige Verwaltungshandeln. In einem Projekt gehen die von den Bürgern erarbeiteten Kriterien für ein städtebauliches Projekt in den Auslobungstext ein und sind damit Bestandteil des Architekturwettbewerbes.

Kooperation mit Wissenschaft wird fortgeführt.

2 Nennungen

Aus zwei Projekten wurde berichtet, dass die Kooperation mit der Wissenschaft fortgeführt wird: Das in der *ZukunftsWerkStadt* erprobte Vorgehen wird auf andere Themenfelder übertragen und beispielsweise aufgrund geringerer finanzieller Ressourcen „schlanker“ umgesetzt. Von einem Befragten aus einer anderen Kommune wird berichtet, dass das Wissenschaftsmanagement auch weiterhin als Schnittstelle für die weitere Arbeit am Thema dienen wird.

Neue Gremien/Projekte

Neue Gremien oder Akteure arbeiten weiter am Thema.

10 Nennungen

Die „Idee [eines] Klimastammtisches ist da“; ein Runder Tisch soll für die weitere Bearbeitung des Themas gebildet werden; eine Energieagentur wird vorbereitet und die Schaffung der Stelle eines Klimamanagers über Förderanträge wird angestrebt: Das sind einige Beispiele für Neuerungen, die durch die *ZukunftsWerkStadt* zu Stande kamen. Es wurde eine Vielzahl neuer Gruppen und Gremien gebildet, um die Fortführung der kooperativen Arbeit zu sichern. Dabei werden Verwaltungen genauso aktiv wie Bürger. In einem Projekt unterstützte die Vernetzung der Akteure die Gründung einer *TransitionTown-Gruppe*; in einem anderen Fall gründeten Bürger aus dem Projekt heraus den Verein *Hallo Nachbar* zur Unterstützung der Nachbarschaftshilfe. Von Verwaltungsseite soll zum Beispiel in einem Landkreis ein Zukunftsrat auf Kreisebene als Ideengeber wie auch als Anlaufstation für die lokale Ebene eingerichtet werden. In einer weiteren Projektkommune ist eine sogenannte Klimaschutzpforte als zentrale Ansprechstelle in der Verwaltung geplant.

Neue Projekte sind entstanden.

5 Nennungen

Neben den im Rahmen der *ZukunftsWerkStadt* geplanten und erarbeiteten Projekten sind auch Impulse von den jeweiligen Projekten ausgegangen, die zu ganz neuen Ideen geführt haben: Aus der wissenschaftlichen Arbeit eines Partners heraus wird den politischen Gremien einer Kommune eine App-Entwicklung vorgeschlagen, um die örtlichen ÖPNV-Verbindungen mobil abfragen zu können. Eine weitere Projektkommune entwickelt gemeinsam mit einer Partnergemeinde eine Fortführung des Projektes und eine andere befragte Person berichtete von Konzeptentwicklungen im Bereich der Privatwirtschaft, um weitere Projektes zur nachhaltigen Energieerzeugung voranzubringen.

Partizipation/Vernetzung

Gute Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung wirken positiv auf die Beteiligungskultur.

13 Nennungen

„Wir hatten zum ersten Mal eine geordnete Bürgerbeteiligung hier im Ortsteil und es besteht der Eindruck bei allen Beteiligten und Beobachtern: Das können wir wieder so machen! Bürgerbeteiligung kann funktionieren, die zu Beginn vorhandenen Ängste sind so nicht eingetreten, sondern Freude, Erleichterung und Überraschung.“

Diese Antwort eines befragten Bürgers drückt sehr gut aus, was zwölf weitere Nennungen bestätigten: Es wurden gute Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gemacht. Dies stärkte die



Vieleorts führte das jeweilige ZWS-Projekt zur Vernetzung der Akteure. Hier lernen sich die Teilnehmenden der zweiten Göttinger Klima-Werkstatt beim Speed-Dating kennen. Foto: Stadt Göttingen/Fotograf E. W. Kurth



Die in ZWS-Projekten angestoßenen Prozesse werden auch in Zukunft vielfältige Effekte nach sich ziehen. Im Projekt „Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna“ soll beispielsweise die erarbeitete regionale Nachhaltigkeitsstrategie implementiert werden. Foto: Kreis Unna/Gestaltmanufaktur GmbH

Beteiligungskultur in den Kommunen; Vorbehalte konnten abgebaut und Know-how gewonnen werden. „Vertrauen zwischen Bürgern und Verwaltung ist entstanden“ und die Verantwortlichen in der Verwaltung lernten Beteiligungsmethoden und -instrumente kennen. Außerdem können beispielsweise Erhebungsmöglichkeiten und die Technik für spezielle Verkehrszählungen, welche genutzt wurden, jederzeit wieder eingesetzt werden. In den Antworten der Befragten wird deutlich, dass in mehreren Kommunen konkrete Überlegungen bestehen, die gewonnenen Kenntnisse in anderen Zusammenhängen wieder einzusetzen. *Spurgruppen* als Steuerungsgremium aus Bürgervertretern für Umgestaltungen in Stadtteilen oder die Erkenntnisse, welche bei der intensiven Beteiligung von Jugendlichen und Migranten gewonnen wurden, sollen weiterhin genutzt und auf andere Bevölkerungsgruppen und weitere Quartiere angewendet werden. Online-Befragungen werden „sicherlich an anderer Stelle wieder eingesetzt“ und ein Landkreis erstellt einen „Leitfaden mit den Erfahrungen für den ganzen Kreis“. Zwei Befragte betonten, dass derzeit Überlegungen angestellt würden, wie die Kommunikation mit den Bürgern „langfristig und kontinuierlich laufen kann“ bzw. wie die Erfahrungen bezüglich der Bürgerbeteiligung in Stadtvierteln zu gesamtstädtischen Themen genutzt werden könnten. Dabei hob ein Interviewpartner hervor, dass die Förderung durch ein Bundesministerium die lokale Beteiligungskultur auch stärke, indem Politik und Verwaltung die Bedeutung der Beteiligung aufgezeigt werde. Als „gut angelegt für die Zukunft“ sah eine befragte Person die Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung und eine andere fasste zusammen: „Die meisten Effekte sind nicht greifbare Effekte, aber es wurde ein Lernprozess angeregt, was für das Thema viel wichtiger ist.“

Verwaltungsinterne Diskussionen zu Bürgerbeteiligung wurden angestoßen.

2 Nennungen

Von zwei Akteuren wurde auf die Frage nach langfristigen Effekten betont, dass innerhalb der Verwaltung ein Diskussions- und Lernprozess angestoßen worden sei: „Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerschaftliches Engagement – was ist was? Und wie gehen wir um mit Anfragen auf der Internetseite? Wie schnell können und wollen wir reagieren?“ Eine weitere Person berichtete: „Die Stadtverwaltung hat eine neue Perspektive auf Bürgerbeteiligung bekommen. Diese neue Perspektive muss die Verwaltung gewinnen, wenn es um nachhaltige Stadtentwicklung geht.“

Die Akteure sind besser vernetzt.

6 Nennungen

Die Kontakte und die Vernetzung der Akteure aller Gruppen bestehen weiter und werden, laut sechs Befragten, für die weitere Arbeit genutzt.

Der Gemeinschaftssinn und nachbarschaftliche Kontakte wurden gestärkt.

2 Nennungen

Laut einer befragten Person entstand eine „stärkere Gemeinschaft in der sehr vereinzelter Gesellschaft“ und eine weitere betonte „mehr Gemeinschaftssinn und nachbarschaftliche Kontakte“.

Doch diesem positiven Bild, welches während der Interviews mit verschiedenen Beteiligten gezeichnet wurde, stehen die Ergebnisse der Einschätzungen durch die Bürger in den Fragebögen gegenüber. Auf die Frage, ob seitens der Veranstalter die Nutzung der Projektergebnisse kommuniziert wurde, antworteten beispielsweise immerhin 26,7 % aller Befragten, sich darüber im Unklaren zu sein (siehe Abbildung 8).

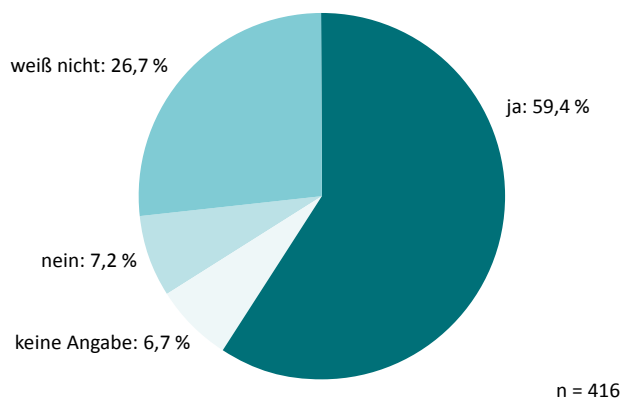


Abbildung 8: „Wurde seitens der Veranstalter kommuniziert, wie die Ergebnisse des Projektes genutzt werden?“

Die genauere Analyse der offenen Frage danach, wie diese Ergebniskommunikation umgesetzt werden sollte, unterstützte die Ambiguität im Antwortmuster: Lediglich 51 % der Befragten, die angaben, Informationen zur Umsetzung der Ergebnisse erhalten zu haben, konnten erläutern, wie diese Umsetzung konkret aussieht. Ein Großteil dieser Befragten wiederum nannte lediglich die Ergebnisprotokollierung und -dokumentation als Nutzung der Ergebnisse. Darüber hinaus wurde ebenfalls vermehrt die Übergabe der Ergebnisse an den Oberbürgermeister oder Gemeinderat als Nutzung der Ergebnisse genannt. Deutlich seltener wurde die Umsetzung im Projekt erarbeiteter Maßnahmen oder die Verwirklichung geplanter Projekte – und somit die konkrete inhaltliche Nutzung der Ergebnisse – aufgeführt. Dies wird auch durch die in den Interviews von sechs bzw. fünf Akteuren formulierten Schwierigkeiten bei der Umsetzung erarbeiteter Ansätze bzw. dem Wunsch nach Fortsetzung der erarbeiteten Ansätze und Umsetzung der erarbeiteten Ergebnisse unterstützt.

In den Projekten, welche in erster Linie der Sammlung von Ideen und der Entwicklung von Ansätzen dienten, könnte eine Umsetzung nur durch eigene Ressourcen der Kommune und mit den im Projekt gewonnenen Partnern erfolgen. „Das Engagement jetzt halten – wie geht es weiter?“, so brachte eine befragte Person diese Problematik auf den Punkt. Ein Bürger bemängelte in diesem Zusammenhang, dass ihm im Projekt nicht deutlich geworden sei, dass im Rahmen des ZWS-Projektes seiner Kommune keinerlei Umsetzungsaktivitäten – auch nicht kleinere Vorhaben – geplant waren. Die Begleitung der gebildeten Arbeitsgruppen über lange Dauer empfand eine befragte Person aus der Verwaltung als schwierig. Ein interviewter Bürger fasste es folgendermaßen zusammen: „Was ich mir wünsche? Dass es jetzt weiter geht und die Anliegen zeitnah umgesetzt werden!“ Eine Fortset-

zung des Projektes und dessen Betreuung durch die Verwaltung hielten mehrere Befragte für erstrebenswert, „damit es [das Projekt] nicht einschläft“.

Zusätzlich lieferte die Befragung der Bürger mittels Fragebögen weitere Informationen bezüglich der zukünftigen Effekte der ZWS-Projekte – diesmal im Sinne einer weiteren Einbindung der Bürger. So wird deutlich, dass fast 81 % aller befragten Bürger über geplante zukünftige Bürgerbeteiligungen informiert wurden. Allerdings gaben knapp 60 % der Bürger an, nur auf einem allgemeinen Niveau und ohne die Vorstellung konkreter Maßnahmen informiert worden zu sein (siehe Abbildung 9).

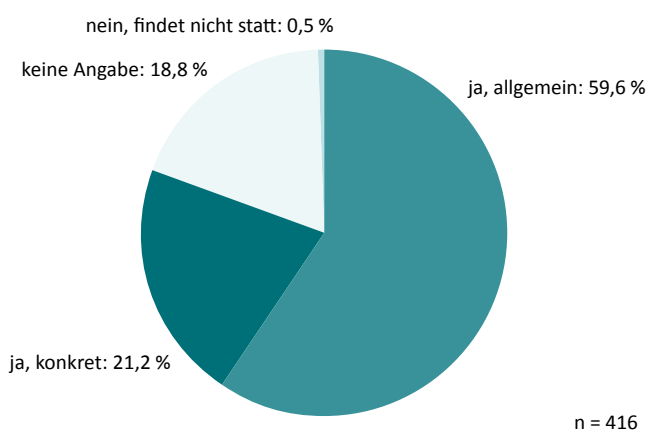


Abbildung 9: „Wurde seitens der Veranstalter angekündigt, dass die Bürger auch in Zukunft in die nachhaltige Gestaltung der Stadt eingebunden werden?“

Demgegenüber steht die sehr hohe Bereitschaft der befragten Bürger, wieder an einem ähnlichen Projekt teilzunehmen. Auf die Frage „Würden Sie wieder teilnehmen, wenn Ihre Kommune in Zukunft ein ähnliches Projekt organisiert?“ antworteten 89,8 % aller Befragten mit „Ja“. Lediglich 1,0 % würde nicht wieder teilnehmen und 7,2 % sind hier unentschieden (2,0 % keine Angabe).²⁴ In einigen Interviews (4 Nennungen) wurde dabei angemerkt, dass es langfristig nicht das Ziel sei, Bürger von Projekt zu Projekt einzubinden. Es müsse ein langfristiger Paradigmenwechsel eingeleitet und die Bürger zu eigenverantwortlich Handelnden gemacht werden, die dann bei Bedarf die Verwaltung beteiligen würden. Erste Impulse dazu konnten in den Projekten gegeben werden. Eine befragte Person formulierte die Herausforderung, dass es erst einmal gelingen müsse, die Akzeptanz für dieses Ziel herzustellen.

²⁴ Aufgrund der Nutzung projekteigener Daten einer Kommune beträgt die Größe der Stichprobe bei dieser Frage n = 498.

Akteure der Bürgerbeteiligung

Nach der Erläuterung der Bürgerbeteiligungsprozesse, die in den ZWS-Kommunen innerhalb der Projektlaufzeit stattgefunden haben, betrachtet das folgende Kapitel die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, die in den Projekten beteiligt waren. In einem dialogischen Prozess arbeiteten Verwaltungsmitarbeiter der Kommunen, Wissenschaftler und Bürger in den ZWS gemeinsam an Themen und Ideen zur nachhaltigen Entwicklung ihrer Kommune (siehe Abbildung 10).²⁵ Die Projekte waren dabei in der Regel innerhalb der Verwaltung angesiedelt und wurden dort betreut. Wissenschaftler leisteten – wie in Kapitel 3.4 *Beiträge der Wissenschaft* dargestellt – inhaltlich verschiedene, wichtige Beiträge und die Bürger brachten sich in unterschiedlichen Aktivitäten und Intensitäten in die nachhaltige Gestaltung ihrer Kommune ein.

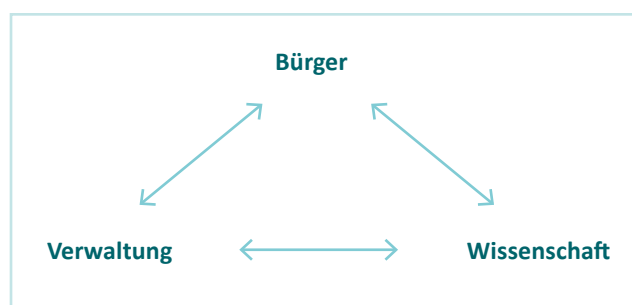


Abbildung 10: Dialogischer Prozess zwischen Kommunalverwaltungen, Wissenschaftlern und Bürgern

Das anschließende Kapitel widmet sich der Frage, welche Bürger in den ZWS-Projekten angesprochen werden sollten und welche Bürger tatsächlich teilgenommen haben. Zusätzlich wird die Motivation der Akteure zur Teilnahme am jeweiligen ZWS-Projekt beleuchtet und im Anschluss werden die Ergebnisse bezüglich der Kooperation der drei zentralen Akteursgruppen vorgestellt.

²⁵ Zusätzlich waren weitere wichtige Akteure an den Projektprozessen beteiligt, die aber an dieser Stelle nicht einzeln beleuchtet werden. Externe Dienstleister begleiteten intensiv die Beteiligungsprozesse und lokale Politiker unterstützten oftmals die Projekte und waren stellvertretend bei den Beteiligungsveranstaltungen präsent.

3.7 Ansprache und Struktur der teilnehmenden Bürger

Fazit: Die einzelnen Projekte der ZWS richteten sich an unterschiedliche lokale und regionale Zielgruppen. Einige Projekte sprachen zu Beginn alle Bürger bzw. die allgemeine Öffentlichkeit an, andere fokussierten spezielle Zielgruppen wie „Umweltschutzinteressierte oder -aktive“, „Unternehmen“ oder „Vertreter bestimmter Interessengruppen“. Die Evaluation der Bürgerbeteiligung ergab, dass vor allem Bürger mit einem hohen Bildungsniveau oder institutionellem Hintergrund an den Projekten teilnahmen.

13 der 15 ZWS-Kommunen richteten sich mit ihren Beteiligungsmaßnahmen generell an alle Bürger, die Gesamtbevölkerung oder die breite Öffentlichkeit. In einigen Fällen wurden hierbei zusätzliche, konkrete Zielgruppen zur Ansprache wie „Vereine“, „Migranten“ oder „Hauseigentümer“ definiert. Eine Kommune wandte sich mit ihrem Projekt speziell an lokale Betriebe, während in einem weiteren Projekt Vertreter von Interessengruppen angesprochen und eingebunden wurden. Durch verschiedene Kommunikationskanäle wurde dabei versucht, Bürger für das Projekt zu gewinnen und sie zu Engagement zu aktivieren. Betrachtet man die demographischen Daten der Stichprobe, lässt sich feststellen, dass 58,1 % der befragten Bürger Männer waren und 39,4 % Frauen (2,0 % keine Angabe). Die Teilnehmenden waren im Durchschnitt 51 Jahre alt (Standardabweichung = 16), wobei die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen im Vergleich zur Altersverteilung in der Bundesrepublik Deutschland überrepräsentiert war, während junge Erwachsene im Alter von 18 bis 24 Jahren eher unterrepräsentiert waren (siehe Abbildung 11).

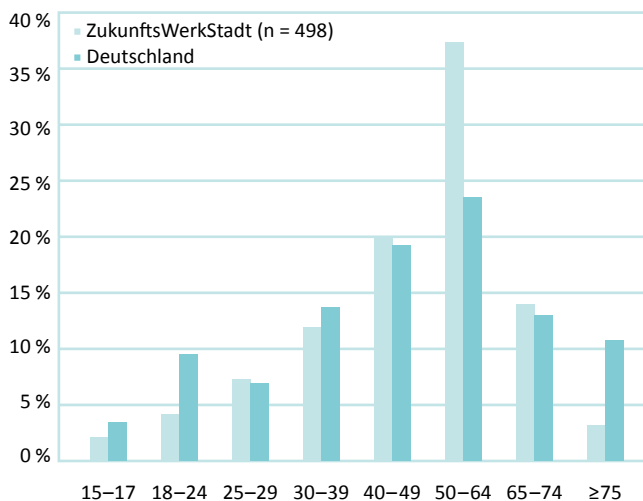


Abbildung 11: Vergleich der Altersstruktur der Stichprobe der Bürgerbefragungen und der entsprechenden Altersverteilung Deutschlands²⁶ (Quelle der Daten für Deutschland: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013)

Deutlich weniger divers ist das Bildungsniveau der befragten Bürger. Als höchsten Bildungsabschluss wiesen dabei 60,9 % der Teilnehmenden ein abgeschlossenes Hochschulstudium auf, gefolgt von 20,9 % mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und 7,0 % mit Abitur. 5,0 % hatten ihre Ausbildung mit mittlerer Reife, 4,6 % mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss abgeschlossen und lediglich 0,4 % wiesen keinen Schulabschluss auf (2,0 % keine Angabe). Erkennbar dominierte als Aufmerksamkeitsquelle, durch welche die Befragten vom jeweiligen ZWS-Projekt ihrer Kommunen erfahren hatten, das persönliche Anschreiben (siehe Abbildung 12). Dieses ging in der Regel entweder an eine repräsentative Auswahl aus den Registern des jeweiligen Einwohnermeldeamtes oder an die Adressen bereits bestehender Verteilersysteme. Die große Bedeutung der direkten Ansprache wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass die offene Frage nach sonstigen Aufmerksamkeitsquellen häufig mit der Nennung einzelner Personen oder konkreter Ansprechpartner beantwortet wurde.²⁷

²⁶ Aufgrund der Tatsache, dass durch die Befragungen bei zentralen Beteiligungsveranstaltungen in die ZWS-Projekte involvierte Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren nicht bzw. eher schlecht erreicht werden konnten, wurden auch in der Berechnung der Verteilung Deutschlands nur Personen über 15 Jahren einbezogen.

²⁷ Aufgrund der Nutzung projekteigener Daten einer Kommune beträgt die Größe der Stichprobe bei diesen Fragen n = 498.

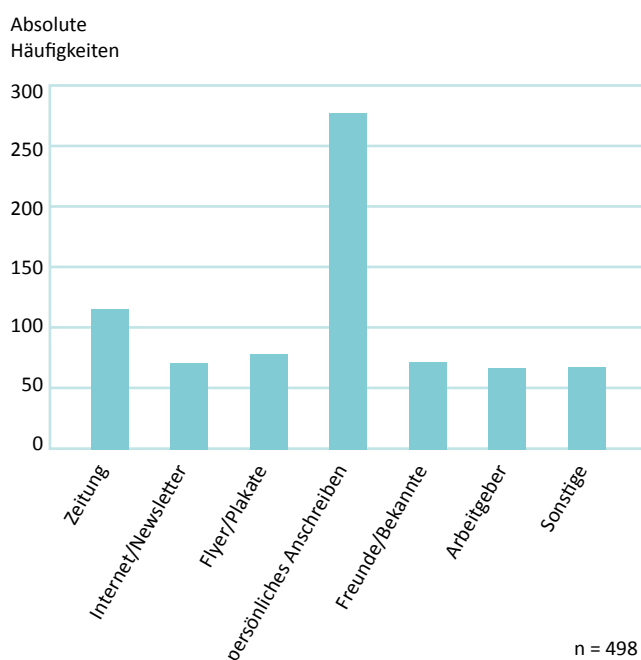


Abbildung 12: „Wie sind Sie auf das Projekt aufmerksam geworden?“ (Häufigkeitsverteilung der Frage im Multiple-Choice-Format mit allen Antwortmöglichkeiten über alle Kommunen)

Diese Gruppenstruktur der teilnehmenden Bürger – hohes Bildungsniveau und oftmals bereits im Vorfeld in einer Form engagiert – wurde auch als Kritik seitens der Bürger in den Fragebögen vermerkt und innerhalb der Interviews durch verschiedene Interviewpartner angesprochen. Acht Akteure wünschten sich mehr Teilnehmende oder eine andere Zusammensetzung der Gruppe der Teilnehmenden. „Ich hätte mir gewünscht, dass sich mehr Bürger beteiligt hätten“, erwähnte ein Befragter. Andere betonten, dass es nicht nur um das *Mehr*, sondern auch um das *Wer* gehe. Dem entspricht auch die von einigen Interviewpartnern empfundene Schwierigkeit, Einzelbürger oder neue Zielgruppen anzusprechen (8 Nennungen) bzw. die Vielfalt der Gesellschaft einzubeziehen (3 Nennungen). „Am Anfang die Betroffenheit und den Gemeinschaftssinn zu erzeugen, war schwierig“, „die Bürger ließen sich teilweise nicht ansprechen“ oder „wir hätten gerne noch mehr Bürger erreicht“, so lauten einzelne Aussagen zu dieser Thematik.

Eine Kommune startete den Gesamtprozess mit der Präsenz auf Stadtteilstunden und hoffte, durch persönliche Gespräche Menschen aus den Stadtteilen für die spätere Arbeit an gesamtstädtischen Themen zu gewinnen. Die kommunalen Projektmitarbeiter konnten sehr gute Gespräche führen und

erhielten viele Informationen, aber nach Angabe der befragten Person gelang es weniger, Bürger zur Teilnahme an Veranstaltungen im weiteren Projektverlauf zu gewinnen. In einem Landkreis wurde die Erfahrung gemacht, dass es schwierig ist, nicht organisierte Bürger für regionale Themen zu gewinnen. Mittels direkter Ansprache vor Ort, zum Beispiel in Form von Interviews, war es möglich, Ideen und Bedürfnisse einzelner Bürger zu erfahren. Zu Veranstaltungen mit regionalen Themenstellungen kamen dann jedoch vermehrt Bürger, die bereits in einer Initiative oder einem Verband tätig waren. Im Falle einer weiteren ZWS-Kommune war es das Ziel, neben interessierten Bürgern auch spezielle Zielgruppen aus der privaten Wirtschaft anzusprechen. In den Interviews wurde dabei angemerkt, dass sich dies schwierig gestaltete, da den avisierten Zielgruppen der wirtschaftliche Nutzen und die Relevanz für ihr Unternehmen nicht groß genug erschienen.

Eng damit verbunden ist außerdem die Einschätzung der öffentlichen Wahrnehmung der Projekte: Drei Interviewpartner empfanden, dass „die Projekte mehr verdient hätten“ und in der Öffentlichkeit kaum bzw. zu wenig wahrgenommen wurden. Fünf Interviewpartner antworteten auf die Frage nach Wünschen in Bezug auf die Bürgerbeteiligung, dass sie auf eine größere Öffentlichkeitswirkung und mehr Presseecho gehofft hatten, um möglichst viele Bürger anzusprechen und durch Mund-zu-Mund-Propaganda auch nicht organisierte Bürger zu erreichen. „Mehr breite Öffentlichkeit durch mehr Echo in der Presse“ oder „größeres öffentliches Interesse und Resonanz für [die Veranstaltung]“ waren Äußerungen, die diesen Aspekt unterstreichen.

Elf Interviewpartner hoben die Resonanz und das Engagement derjenigen Bürger, die im Beteiligungsprozess mitgewirkt hatten, als positiv hervor. Eine Steuerungsgruppe war beispielsweise völlig überrascht, dass 60 Personen zu einem ersten Bürgerworkshop kamen – sie hatten mit circa 15 Personen gerechnet. Eine befragte Person betonte: „Die Bürger sind bei der Stange geblieben. Das zeigt, dass sie richtig was bekommen haben und sich wertgeschätzt fühlten.“ Und auch das Selbstbewusstsein der Bürger beeindruckte zwei Befragte, da die Bürger klar und deutlich mit ihren Ideen und Bedürfnissen auftraten und es ihnen gelang, auf diese Weise den Prozess zu verbessern. So machten in einem ZWS-Projekt Bürger auf einer gemeinsamen Planungskonferenz deutlich, welche Erfahrungen sie in vorherigen Beteiligungsprozessen gesammelt hatten. Darauf aufbauend konnte dann die Vorgehensweise für eine anschließende Zukunftskonferenz angepasst werden und der Prozess profitierte vom Wissen und Engagement der Bürger.

3.8 Persönliche Ziele der Akteure und Zielerreichung

Fazit: Die Motivation zur Teilnahme am jeweiligen ZWS-Projekt und damit auch die persönlichen Ziele im Projekt waren in der Regel – besonders auch bei den Bürgern – inhaltlicher Art. Zu einem hohen Maße konnten diese Ziele daher im Rahmen der ZWS-Projekte erfüllt werden. Die Neugier auf Beteiligungsprozesse und das Interesse am Knüpfen von neuen Kontakten motivierten zusätzlich zur Teilnahme.

In Bezug auf die Frage, aus welcher Motivation die verschiedenen Akteure – Bürger, Wissenschaftler und Verwaltungsmitarbeiter – an den jeweiligen ZWS-Projekten teilgenommen hatten, liefern die Bürgerbefragungen mittels Fragebögen und die Ergebnisse der Interviews ein einheitliches Bild: Für alle Akteursgruppen stand das inhaltliche Interesse am jeweiligen Projektthema im Vordergrund und motivierte zur Teilnahme.

Innerhalb der quantitativen Ergebnisse wird die große Relevanz inhaltlicher Themen deutlich, da sich beispielsweise knapp drei Viertel der befragten Bürger dafür aussprachen, dass das jeweilige Thema stärker in der Kommunalpolitik berücksichtigt werden sollte (siehe Abbildung 13).

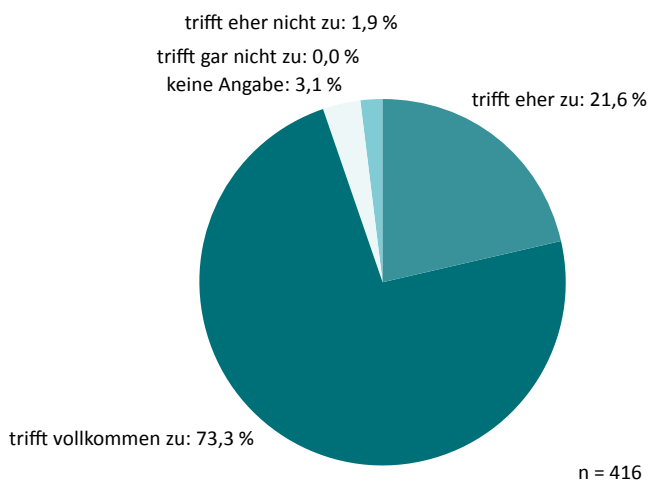


Abbildung 13: „Das Thema sollte in der Kommunalpolitik stärker berücksichtigt werden.“

Dazu passend äußerten über 80 % der befragten Bürger, durch die Teilnahme an einem ZWS-Projekt die Kenntnisse zu dem jeweiligen Thema erweitern zu wollen. Zusätzlich wollten knapp 80 % aller Befragten durch ihre Teilnahme eigene Ideen in das Projekt einbringen. Lediglich 1 % der Befragten stimmte dieser Einstellung gar nicht zu (siehe Abbildung 14).

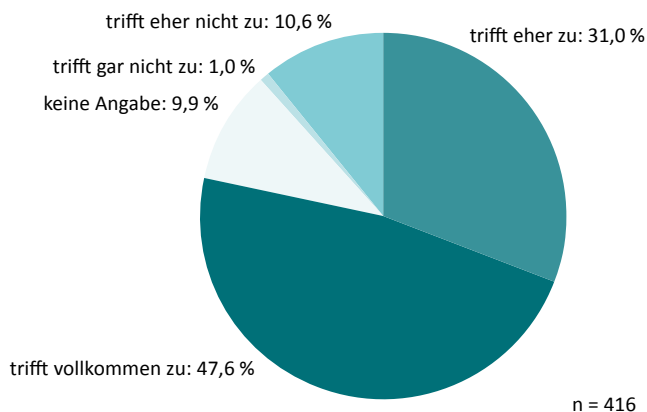


Abbildung 14: „Ich möchte durch meine Teilnahme eigene Ideen zur Entwicklung meiner Kommune einbringen.“

Zusätzlich zu den aufgeführten Antwortmöglichkeiten wurde den Befragten die Möglichkeit gegeben, sonstige Gründe für ihre Teilnahme zu nennen. Gehäuft wurde der Wunsch genannt, neue Kontakte zu knüpfen, andere Interessierte kennenzulernen sowie neugierig auf das Erleben eines Partizipationsprozesses zu sein.

Die dargestellte Relevanz inhaltlicher, aber auch partizipativ-prozessualer Beweggründe findet sich auch in den Ergebnissen der geführten Interviews. Der Großteil der Interviewpartner (zwei Drittel) gab als persönliche Motivation zur Teilnahme inhaltliche Motive an, beispielsweise den Fußverkehr in der Stadt als eigenständig wahrgenommenes Fortbewegungsmittel zu stärken oder stadtweite Zukunftsthemen zu diskutieren und Lösungsansätze zu finden. Ein Drittel verfolgte mit der Teilnahme an dem jeweiligen ZWS-Projekt eher partizipativ-prozessuale Motive, zum Beispiel neue Bürgerbeteiligungsformate zu erproben oder zu lernen, wie Bürgerbeteiligung für ein komplexes Thema wie *Nachhaltige Entwicklungen* funktionieren kann. 8 der 15 interviewten Bürger gaben bei der Frage nach ihrer persönlichen Motivation an, Interesse am Thema gehabt zu haben und die eigenen Ideen einbringen zu wollen. Auch Neugierde wurde in diesem Zusammenhang mehrmals als Motiv genannt. Eine befragte Person im Rentenalter erzählte, eine sinnvolle Betätigung im sozialen und politischen Bereich gesucht zu haben. 2 der 15 befragten Bürger nannten als Beweggrund, partizipative Qualitäten fördern zu wollen, indem sie die Verwaltung unterstützen, Spielregeln für die Bürgerbeteiligung erarbeiten oder die Ideen der letzten Jahre zu einer

Stadtentwicklungsplanung im Rahmen eines Beteiligungsprozesses zusammenführen und überprüfen.

Betrachtet man die Ergebnisse im Hinblick auf den Erfüllungsgrad der hinter den Teilnahmegründen liegenden Ziele, fallen auch hier die Ergebnisse sehr positiv aus. Wie bereits in Kapitel 3.5 *Zufriedenheit mit der Bürgerbeteiligung* dargestellt, gaben über 70 % der befragten Bürger an, dass es möglich war, eigene Ideen in das Projekt einzubringen und knapp 90 % empfanden einen Kenntniszuwachs zum jeweiligen Thema des Projektes. Innerhalb der Interviews gaben 30 von 47 Befragten eine Prozentzahl zum Erfüllungsgrad ihrer persönlichen Ziele an. Diese lag bis auf zwei Angaben zwischen 65 % und 100 %, im Durchschnitt bei 78 %. Eine befragte Person gab 0 % an, da ihre persönlichen Ziele sich nicht mit den Zielen des Projektes bzw. der Umsetzung des Projektes gedeckt hätten.

Innerhalb einer Kommune gleichen sich die Einschätzungen der persönlichen Zielerreichung der Befragten bis auf eine Ausnahme. In diesem Fall schätzte die befragte Person aus der Verwaltung die persönliche Zielerreichung als sehr gering ein, während die Befragten aus den anderen Akteursgruppen eine hohe persönliche Zielerreichung nannten. In dieser Kommune war das ZWS-Projekt größtenteils von den Bürgern getragen, die ihre persönliche Zielerreichung als sehr gut einschätzten und seitens der Verwaltung bestand die Einschätzung, dass für das Verwaltungshandeln wenig konkrete Anregungen im Projekt formuliert wurden.

3.9 Zusammenarbeit von Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern

Fazit: Insgesamt wurde die Zusammenarbeit von den verschiedenen Akteuren als gelungen, positiv und hilfreich eingeschätzt. Ein Großteil der beteiligten kommunalen Mitarbeiter, Wissenschaftler und Bürger erlebte die tripolare Kooperation in den ZWS-Projekten als besonders.

Zu großen Teilen wurde die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern sowohl in den quantitativen als auch den qualitativen Befragungen als gelungen und bereichernd dargestellt. Die Hälfte der interviewten Akteure (23 Personen) gab an, dass das Zusammenwirken der unterschiedlichen Gruppen gut und komplikationslos war. Drei Befragte empfanden die Zusammenarbeit als schwierig und/oder nicht gelungen. Die übrigen Befragten zeichneten ein differenziertes Bild (zum Beispiel Differenzen in der Anfangsphase oder zwischen einzelnen Akteuren), das aber

zum großen Teil als positiv empfunden wurde. Besonderheiten wie auch mögliche Schwierigkeiten der Kooperationen werden im weiteren Verlauf bei der Betrachtung der Zusammenarbeit jeweils zweier Akteure beleuchtet.

Vorweg allerdings noch einige Worte zum Charakter der Kooperationen innerhalb der *ZukunftsWerkStadt*: 36 der 47 Interviewpartner empfanden das Zusammenwirken der verschiedenen Akteursgruppen als etwas Besonderes. Fünf Befragte nahmen dies nicht so wahr. Unter diesen fünf Personen waren unter anderem zwei wissenschaftliche Partner, die in anderen Projekten schon bessere Kooperationen erlebt hatten oder „immer so arbeiten“. Eine Person aus der Gruppe der Bürger wies darauf hin, dass solche Kooperationen in ihrer Kommune regelmäßig stattfinden würden. Sechs Interviewpartner machten zu dieser Frage keine Angaben.

Nun zu den Antworten der großen Gruppe derer, welche die Kooperation als etwas Besonderes erlebten: Es wurde angeführt, dass die Perspektiven und Kompetenzen der Partner gebündelt wurden und dass in den Begegnungen und Dialogen Kreativität entstand, die wiederum zu guten Ergebnissen in den Projekten führte. Viele der Ideen und Lösungsansätze wären ohne eine der Akteursgruppen nicht entstanden. Einige Interviewpartner aus den Kommunalverwaltungen hoben hervor, dass sie im Rahmen der *ZukunftsWerkStadt* mit „anderen Bürgern“ als sonst zusammen gearbeitet hatten: Manche Verwaltungen machten gute Erfahrungen mit einer Zufallsauswahl oder einer repräsentativen Auswahl aus dem Melderegister. Andere gewannen dank Vorarbeit der wissenschaftlichen Partner neue Zielgruppen für die Beteiligung oder beteiligten generell zum ersten Mal Einzelbürger statt Bürgergruppen oder Verbände.

Die kooperative Atmosphäre wurde vor allem von den interviewten Bürgern als etwas Besonderes hervorgehoben: Wertschätzung, gegenseitiges Ernstnehmen und der Dialog auf Augenhöhe, eine faire Kommunikation und eine kreative Arbeitsatmosphäre wurden genannt. All dies trug maßgeblich zur Motivation und zum Gelingen des Projektes bei. Eine neue Rollenverteilung erlebten vor allem Befragte aus Verwaltung und Wissenschaft als eine neue Erfahrung: Gerade in sehr bürgerorientierten Projekten oder wenn Wissenschaftler oder externe Dienstleister die Prozessbegleitung übernahmen, konnte die Verwaltung die Rolle der Zuhörerinnen einnehmen und es wurden *„Diskussionen ausgelöst, die sonst nicht geführt werden“*. Aus der Verwaltung wurden die anlassfreie Beteiligung bei stadtweiten Themen sowie die Integration der Wissenschaft bereits in der Projektentstehung als das Attraktive der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* genannt.

Zusammenarbeit von Wissenschaft und Bürgern

Fazit: Die ZWS-Projekte ermöglichten in vielen Fällen eine konstruktive und vielfältige Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Wissenschaftlern, da es den unterschiedlichen Akteuren gelang, sich aufeinander einzulassen und zum Beispiel fachsprachliche Barrieren zu überwinden. Skepsis der Bürger gegenüber den Wissenschaftlern, welche in einigen wenigen Projekten in der Anfangsphase bestand, konnte durch Offenheit und die Betonung der Wichtigkeit der Beiträge der Bürger abgebaut werden.

Neben den Darstellungen der verschiedenen Beiträge der Wissenschaft und deren positiver Wertschätzung speziell auch durch die teilnehmenden Bürger (siehe Kapitel 3.4 *Beiträge der Wissenschaft*) soll an dieser Stelle noch die kommunikative und prozessuale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Bürgern betrachtet werden. In den Befragungen der teilnehmenden Bürger mittels Fragebögen wurde beispielsweise deutlich, dass die Beiträge der Wissenschaftler für die Bürger gut verständlich waren (siehe Abbildung 15).

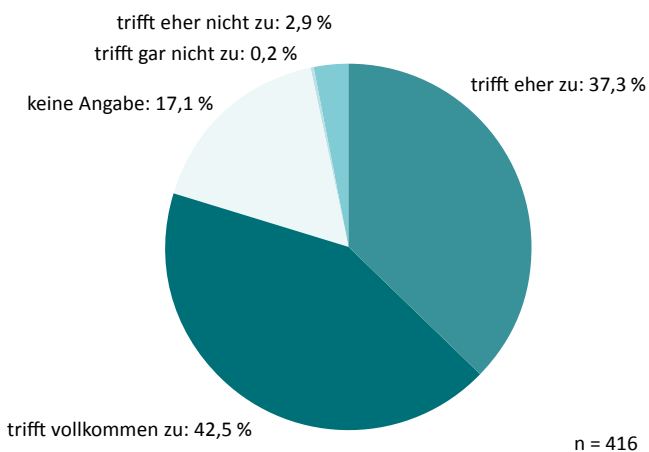


Abbildung 15: „Die Beiträge der Wissenschaftler waren verständlich und anschaulich.“²⁸

Umgekehrt fühlten sich die befragten Bürger von den Wissenschaftlern ernst genommen und respektiert. So beantworteten fast 71 % die Frage, ob die Wissenschaftler ernsthaft an den Fragen und Sichtweisen der Bürgern interessiert gewesen wären, positiv (34,1 % „trifft vollkommen zu“;

36,8 % „trifft eher zu“; 6 % „trifft eher nicht zu“; 0,5 % „trifft gar nicht zu“ und 22,6 % keine Angabe).

Auch in den Interviews wurde die Zusammenarbeit von den Beteiligten als positiv beschrieben. Es wurde jedoch betont, dass es zur Zusammenarbeit die Bereitschaft beider Seiten, sich aufeinander einzulassen, braucht. Wenn dies gelang und (fach-)sprachliche Barrieren überwunden werden konnten, war die Zusammenarbeit fruchtbar.

Innerhalb der Hälfte der ZWS-Projekte war der Kontakt der Bürger mit der Wissenschaft durch die direkte Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen oder Teilprojekten sehr intensiv. In der anderen Hälfte beschränkte sich der Kontakt auf die gemeinsame Teilnahme an Veranstaltungen, bei welchen die wissenschaftlichen Partner Referate einbrachten oder die Moderatorenrolle innehatten. In zwei Kommunen wurde der wissenschaftliche Partner kaum einbezogen; daher hatten die Bürger wenig Kontakt zu den wissenschaftlichen Projektpartnern.

Entsprechend unterschiedlich waren die Rahmenbedingungen für das Zusammenwirken von Wissenschaft und Bürgern in den Projekten. Im Rahmen der Auswertung der Interviews wurde deutlich, dass es auf Seiten der Wissenschaft sehr unterschiedliche Ausgangssituationen bezüglich der Kenntnisse von Partizipation gab: Einzelne wissenschaftliche Partner waren in diesem Bereich geübt und übernahmen Aufgaben im Beteiligungsprozess; andere wiederum hatten darin kaum Erfahrungen, was sich aber nicht zwangsläufig negativ auf die Kooperation mit den Bürgern auswirkte. Die Offenheit zur Zusammenarbeit und die Bereitschaft, Vorbehalte abzubauen, sowie die im Projekt entwickelte Gesprächskultur, der Aufbau des Projektes sowie das Format der Veranstaltungen schienen eher ausschlaggebend für eine gelungene Kooperation gewesen zu sein.

In drei Kommunen wurde in den Interviews von anfänglichen Vorbehalten der Bürger gegenüber der Wissenschaft berichtet: Ein befragter Wissenschaftler hatte den Eindruck, dass die Bürger besorgt gewesen wären, dass „die Schlauberger kommen und zu wissen meinen, wie es besser geht“. Durch die Betonung der Wichtigkeit von Bürgerbeiträgen für die Wissenschaft konnten aber diese Vorbehalte ausgeräumt werden, sodass die Kooperation zwischen Wissenschaft und Bürgern sehr gut funktionierte. In einem Projekt, in welchem der gesamte Prozess auf einer Bürgerinitiative und deren Engagement aufbaute, wurde die Skepsis zu Beginn ähnlich beschrieben. Die aktiven Bürger hatten die Sorge, „die Wissenschaft meint jetzt zu wissen, wie es geht, und nimmt uns

²⁸ Die hohe Anzahl von fehlenden Angaben bei den Fragen zur Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern erklärt sich durch den Ausschluss der Fragen bei denjenigen Befragten, bei denen zu von ihnen besuchten Veranstaltungen keine Wissenschaftler anwesend waren.

unseren Prozess wieder weg“. Auch in diesem Projekt ließen sich die Vorbehalte in Gesprächen und durch gemeinsame Arbeit ausräumen und sowohl die Bürger als auch die Wissenschaftler erlebten die Kooperation als konstruktiv und bereichernd.

Nur zwei Interviewpartner erlebten die Beiträge der Wissenschaft als zu lang und theoretisch. Ein Befragter wies jedoch in diesem Zusammenhang auf das Bildungsniveau der teilnehmenden Bürger hin: Da auf den Veranstaltungen fast nur Teilnehmende mit einem hohen Bildungsniveau anwesend waren, stellten auch die zum Teil anspruchsvollen Beiträge der Wissenschaftler kein Problem dar. Eine Person aus der Wissenschaft wünschte sich eine größere Einbindung der Bürger: Sie hätten schon in der Vorbereitungsgruppe, die verwaltungsintern besetzt war, beteiligt sein sollen, um so eine „radikale Öffnung im Vorfeld“ umzusetzen. Eine weitere Person aus der Wissenschaft äußerte den ähnlichen Wunsch, dass der Prozess mehr Offenheit geboten hätte, damit die „Bürger eigene Zukunftsthemen hätten einbringen können“.

Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürgern

Fazit: Die Bürger und die Projektverantwortlichen in den Kommunalverwaltungen arbeiteten in den ZWS-Projekten fast ausnahmslos gut zusammen. Dies wurde durch die Anwesenheit von Politikern bei Veranstaltungen unterstützt.²⁹ Anfängliche Vorbehalte oder unterschiedliche Erwartungshaltungen, die in einigen Kommunen bestanden, konnten durch Offenheit und Flexibilität der beteiligten Akteure aufgefangen und konstruktiv nutzbar gemacht werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen innerhalb der Kommunalverwaltung (beispielsweise bei der Ergebnisumsetzung) wurde zum Teil als schwierig empfunden.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsmitarbeitern und Bürgern wurde fast ausnahmslos und von beiden Seiten als gelungen wahrgenommen, wie beispielsweise die hohe Zustimmung von fast 76 % der Bürger zur Frage nach der Verständlichkeit der Beiträge der Kommunalvertreter zeigt (siehe Abbildung 16).

²⁹ 87,5 % der befragten Bürger gaben so an, dass der Oberbürgermeister, Landrat, Bürgermeister etc. bei mindestens einer von ihnen besuchten Veranstaltung anwesend war (8,7 % Nein; 3,8 % keine Angabe). Die Anwesenheit von Vertretern des Stadtrats, Gemeinderats oder Kreistags bei mindestens einer von ihnen besuchten Veranstaltung bejahten 65,1 % der befragten Bürger, während 19,2 % dies verneinten (15,6 % keine Angabe).

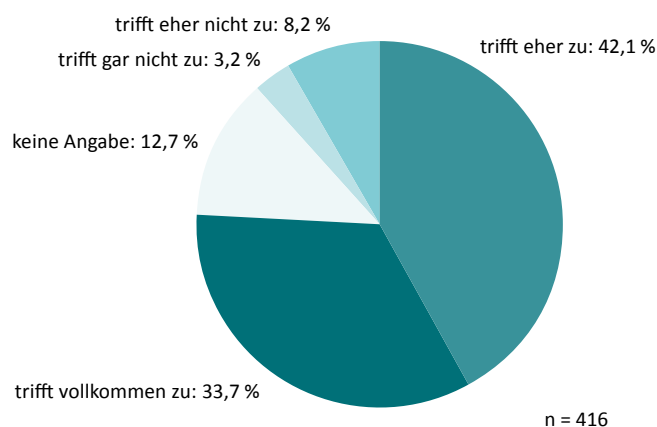


Abbildung 16: „Die kommunalen Vertreter haben ihre Standpunkte verständlich erläutert.“

Die überwiegende Mehrheit der mittels Fragebögen befragten Bürger empfand die kommunalen Vertreter auch als ehrlich interessiert an ihren Belangen und Meinungen („Die kommunalen Vertreter waren ehrlich an den Belangen und Meinungen der Bürger interessiert.“: 31,9 % „trifft vollkommen zu“; 42,6 % „trifft eher zu“; 9,2 % „trifft eher nicht zu“; 2,7 % „trifft gar nicht zu“; 13,5 % keine Angabe).³⁰

Diese positive Bewertung der Zusammenarbeit wurde auch in den Interviews an vielen Stellen sowohl von Bürgern als auch von Verwaltungsmitarbeitern betont. Dabei galt es anfangs in vielen Kommunen, unterschiedliche Erwartungshaltungen anzupassen oder Skepsis aufgrund bestehender Vorurteile abzubauen. Durch Offenheit und Flexibilität, über welche sich mehrere Befragte bei der jeweils anderen Akteursgruppe positiv überrascht zeigten, konnten anfängliche Schwierigkeiten aber fast immer aufgefangen und konstruktiv nutzbar gemacht werden. Wichtig anzumerken ist dabei, dass von den interviewten Bürgern die Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen beurteilt wurde, welche die ZWS-Projekte koordiniert und begleitet hatten. Diese Personen standen fast ausnahmslos hinter der Bürgerbeteiligung und hatten oftmals ein partizipatives Arbeitsverständnis. Die befragten Personen – kommunale Ansprechpartner wie auch Bürger innerhalb der qualitativen und quantitativen Befragungen – verwiesen in einzelnen Zusammenhängen darauf, dass die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsbereichen zum Teil als schwierig empfunden wurde und dort Anliegen der Bürger teilweise ignoriert oder blockiert wurden. In einer Kommune wurde die Initiative der Verwaltung

³⁰ In einer Kommune waren die Fragen zu den Beiträgen der kommunalen Vertreter redundant. Deswegen beläuft sich die Anzahl der Befragten bei diesen drei Fragen auf n = 401.

in einem ortsgebundenen Teilprojekt sehr kritisch aufgenommen. In diesem Ortsteil war gerade eine Schule geschlossen worden und die Bürger waren nicht offen für ein Beteiligungsprojekt, da sie andere Konfliktpunkte mit der Verwaltung hatten. In diesem Beispiel gelang es den Verwaltungsmitarbeitern jedoch, die Anliegen der Bürger aufzunehmen und zumindest Teilziele des Projektes am Beispiel der Schule umzusetzen. Hier wurde von mehreren Befragten betont, dass die Offenheit, die Flexibilität und die Aufnahme der Bürgeranliegen durch die Verwaltung entscheidend waren für eine letztendlich gelungene Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgern.

Insgesamt erhielten die Bürger durch die Zusammenarbeit Einblicke in die Funktionsweise einer Kommunalverwaltung und in die Zwänge, denen Verwaltungshandeln oft unterworfen ist. Von einzelnen befragten Bürgern wurden diese Erkenntnisse als positiv hervorgehoben im Sinne einer größeren Transparenz und eines besseren Verständnisses für Verwaltungshandeln. Teilweise getrübt wurde die Zusammenarbeit durch die Skepsis einiger befragter Bürger bezüglich der Umsetzung der Ergebnisse. Gerade innerhalb der Projekte, in denen das Sammeln von Ideen und Ansätzen im Vordergrund stand, betonten die Bürger in den Interviews und Fragebögen die Bedeutung der Umsetzung der Ergebnisse.

Zwar innerhalb der Interviews nur vereinzelt genannt, aber dennoch erwähnenswert, ist eine von Verwaltungsseite wie auch von Bürgern genannte Unklarheit oder Unsicherheit bezüglich der Zusammenarbeit. Ein Verwaltungsmitarbeiter beschrieb eine für ihn bisher ungelöste Aufgabe wie folgt: „Welche Unterstützung der Bürger ist wirklich nötig?“ Weitere offene Fragen lauteten: „Wie viel Begleitung brauchen die Arbeitsgruppen?“ oder „Wie schnell soll man auf Anliegen von Bürgern auf der Internet-Plattform reagieren, wenn vielleicht Zurückhaltung dazu führt, dass die Bürger sich selbst organisieren?“.

Die Schwierigkeit, das richtige Maß an Begleitung durch Verwaltungsmitarbeiter zu finden, – verbunden mit dem Wunsch nach einem Paradigmenwechsel hin zu eigenverantwortlichem Handeln – wurde auch seitens der Bürger wahrgenommen. Sie äußerten in den Interviews vereinzelt den Wunsch nach häufigeren Rückmeldungen der Verwaltung bezüglich des aktuellen Projektstandes. Unterstrichen wird dies durch ein starkes Interesse an den Aktivitäten der Arbeitsgruppen und der Umsetzung der Ergebnisse – gerade auch in der Zusammenarbeit der Projektverantwortlichen mit anderen kommunalen Fachbereichen. Betont wurde

auch, dass die Bürger eine Rückmeldung wünschen, wenn etwas nicht umgesetzt wird, und dann über die Gründe informiert werden möchten.

Zusätzlich merkten zwei der interviewten Bürger an, dass ihnen in ihrem jeweiligen (Teil-)Projekt die Rolle und die Aufgaben der Bürger nicht ausreichend klar waren. „Unsere Rolle, unsere Rechte und Pflichten sowie unsere Entscheidungsmöglichkeiten als Steuerungsgruppe zu verstehen, dauerte drei Treffen“, so beschrieb ein befragter Bürger diese Schwierigkeit.

Zusammenarbeit von Verwaltung und Wissenschaft

Fazit: Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Kommune in den ZWS-Projekten wurde in der Regel als gelungen und fruchtbar angesehen. Anfängliche Schwierigkeiten zum Beispiel in der Kommunikation konnten durch Offenheit und Bereitschaft zu Kooperation oder durch gute Moderation ausgeglichen werden.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse dieser Akteurskonstellation wurde deutlich, dass einige wissenschaftliche Partner bereits geübt und erfahren in der Kooperation mit Verwaltungen und/oder Bürgern waren. Dies war eindeutig ein Erfolgsfaktor für eine gute Kooperation. Eine befragte Person aus einer Landkreisverwaltung beschrieb die Kooperation mit der Wissenschaft wie folgt: „Die Zusammenarbeit war sehr positiv. Wir hatten monatliche Steuerungsgruppentreffen mit der Wissenschaft und die Planung ging Hand in Hand. Beide Seiten waren sehr offen und kooperativ, dadurch war der Dialog und der Wissenstransfer sehr gut.“ Das jeweilige Projekt der *ZukunftsWerkStadt* rückte in mehreren Kommunen, in denen die wissenschaftlichen Partner vor Ort oder in der Nähe angesiedelt waren, die Wissenschaft näher an die Stadt heran. Es gab Aha-Erlebnisse wie „Die Wissenschaft ist ja ganz nah an uns dran!“ und ein Verwaltungsmitarbeiter resümierte die Kooperation folgendermaßen: **„Wir sind gut zusammengewachsen mit der Wissenschaft und haben enorm profitiert.“** Eine Kommune wünschte, sie hätte auf noch mehr Fachleute zurückgreifen können, um ihr inhaltlich anspruchsvolles Thema gut vermitteln zu können.

In anderen Kommunen brauchte es zum Teil zu Beginn eine Phase des Aufeinanderzugehens, des Voneinanderlernens, um unterschiedliche Erwartungshaltungen oder Denkmuster zu erkennen und anzupassen. Dies ist aber in fast allen Kommunen (bis auf zwei) gut gelungen. Entscheidend dabei

waren jeweils die Offenheit und Bereitschaft der verantwortlichen Personen in der Verwaltung und der Wissenschaft. Es wurde festgestellt, dass beispielsweise die Kommunikationskulturen unterschiedlich seien: „Die Verwaltung nennt einen Termin, die Wissenschaft muss erst einmal darüber diskutieren.“ So mussten Erwartungshaltungen oder das Verständnis zentraler Begrifflichkeiten, das zunächst differierte, abgeglichen werden. Wie bereits beschrieben, wurden diese Anfangsschwierigkeiten aber in fast allen Projekten gut gemeistert.

In den zwei Kommunen, in welchen die Zusammenarbeit als unbefriedigend erlebt wurde, stellte sich die Situation wie folgt dar: In einer Kommune wurde der wissenschaftliche Partner kaum einbezogen (siehe Kapitel 3.4 *Beiträge der Wissenschaft*). In der anderen Kommune verlief die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wissenschaft unbefriedigend, da die Verwaltungsmitarbeiter und Wissenschaftler unterschiedliche Ansichten über die Schwerpunktsetzung im Projektverlauf hatten. Die Beteiligten schafften es nicht, diesen Widerspruch gemeinsam aufzulösen, was beide Seiten als unbefriedigend erlebten.



Die ZWS-Kommunen stellten sich mit unterschiedlichen Projekten der Herausforderung, ihre Entwicklung nachhaltig zu gestalten und sammelten vielfältige Erfahrungen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Bürgern und Wissenschaftlern. Foto: Kreis Unna/Gestaltmanufaktur GmbH

Anregungen aus dem Workshop zum Erfahrungsaustausch

Fazit: In vielen Kommunen besteht der Wunsch nach einer Weiterführung/-förderung der Prozesse, welche durch die ZWS angestoßen wurden. Für zukünftige Projekte sollten zusätzliche Möglichkeiten des Austauschs zwischen den Kommunen geschaffen werden, um Erfahrungen und gewonnene Erkenntnisse teilen zu können.

Zweieinhalb Monate nach Abschluss der Förderperiode in den Kommunen der *ZukunftsWerkStadt* und damit auch nach Ende der Datenerhebungen der Evaluation, kamen am 16. September 2013 Projektakteure aus Kommunalverwaltung und Wissenschaft, Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des VDI Technologiezentrums und das Evaluationsteam von *Wissenschaft im Dialog* und *Plankom* zu einem Workshop in Berlin zusammen. Der Workshop bot Raum für einen Austausch und Diskurs zwischen den beteiligten Akteuren über ihre Themen und Anliegen zur Bürgerbeteiligung. Neben einer Vorstellung erster Evaluationsergebnisse – in denen sich viele der Projektverantwortlichen der Kommunen und die begleitenden Wissenschaftler mit ihren Erfahrungen wiederfanden – wurden zentrale Fragestellungen identifiziert, welchen sich die Akteure auch noch nach Ende der ZWS-Projekte gegenüber sehen und die daher zukünftiger Bearbeitung bedürfen. (siehe Seite 34 oben)



Zum Abschluss der Evaluation der Bürgerbeteiligung kamen zentrale Projektakteure in Berlin zusammen. Foto: Oliver Kuklinski, www.plankom.net

Durch wen, wie und wann werden die Themen für Bürgerbeteiligungsprozesse gesetzt? Wer sollte diese im Idealfall setzen? Welchen Einfluss haben die Bürger dabei auf die Forschung von Wissenschaftlern?

Wie gelingt die Aktivierung und Beteiligung eines Abbilds der Bevölkerung? Wie können spezielle Zielgruppen angesprochen werden? Wie ist hier das Verhältnis der Kosten zum Nutzen?

Wie gelingt eine Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung über einen Projektzeitraum hinaus? Soll hierfür eine zentrale Stelle innerhalb der Verwaltung geschaffen werden? Wie können Bürger zu langfristigem Engagement und eigener Verantwortungsübernahme aktiviert werden?

Wie kann die wissenschaftliche Expertise der ZWS-Projekte weiterhin für die Projekte/Kommunen genutzt werden? Wie kann die Wissenschaft ein Teil der lokalen Gesellschaft werden und mit dieser in Dialog treten?

Welche Erfahrungen gibt es mit Onlinebeteiligung? Funktioniert diese am besten als Ergänzung oder als Ersatz zu einem Beteiligungsprozess mit Veranstaltungen etc.? Wie viel eingreifende Moderation muss seitens der Verwaltung/Wissenschaft/Moderatoren hier geleistet werden?

Wie ist eine barrierefreie Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren innerhalb eines Beteiligungsprojektes möglich? Was muss – außer einer einfachen Sprache ohne Fachwörter – dafür noch beachtet werden?

Wie kann ein weiteres Lernen der ZWS-Akteure voneinander aussehen? Welche Möglichkeiten der gegenseitigen Beratung gibt es?

Als zentrale Anregung wurde sowohl in verschiedenen Arbeitsgruppen wie auch im abschließenden Plenum der Wunsch einer Weiterführung der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* geäußert. Damit eng verbunden ist der Wunsch der ZWS-Projektakteure nach weiteren Möglichkeiten des Voneinanderlernens und des Austausches über Fallbeispiele oder Verfahren und Methoden.



Verwaltungsmitarbeiter und Wissenschaftler aus den ZWS-Kommunen hatten bei einem Erfahrungsaustausch die Möglichkeit, ihre Themen und Anliegen zur Bürgerbeteiligung einzubringen und zu diskutieren. Foto: Oliver Kuklinski, www.plankom.net

4. Schlussfolgerungen

Abschließend betrachtet hat die Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* in den verschiedenen Projektkommunen vielfältige, positive, inhaltliche und prozessuale Effekte erzielt. Neue Formen der Zusammenarbeit von Kommunen und Bürgern mit Wissenschaftlern wurden angeregt und den Akteuren miteinander wertvolle Erfahrungen ermöglicht. Es überrascht positiv, dass in vielen Projektkommunen die Beteiligung von Bürgern offenbar als *state of the art* angesehen wird. Dies ist sicherlich nicht in diesem Maße auf alle deutschen Kommunen übertragbar (vgl. Römmele/Banthien 2013: S. 117f.). Hier schließt sich die Frage an wie – ausgehend von der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* – andere Kommunen die Gelegenheit erhalten können, von den Ergebnissen und Erfahrungen der ZWS-Projekte zu lernen, und auch dort Prozesse einer nachhaltigen Kommunalentwicklung mit Beteiligung von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern angestoßen werden können.

Neben den konkret gehaltenen Erfolgsfaktoren für eine gelungene Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit von Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern im nächsten Abschnitt, thematisiert das Kapitel 4.2 daher zentrale Erkenntnisse der Evaluation und formuliert darauf basierende Herausforderungen für zukünftige Projekte. Anschließend werden die Evaluationsergebnisse in einem weiteren Kontext betrachtet.

4.1 Erfolgsfaktoren

Wie in den Evaluationsergebnissen deutlich wurde, waren die Beteiligungsprozesse in den ZWS-Kommunen unterschiedlich ausgestaltet und ermöglichten allen beteiligten Akteuren vielfältige Erfahrungen. Trotz dieser Verschiedenheiten der ZWS-Projekte zeigen die Ergebnisse der Evaluation, dass die folgenden, zentralen Erfolgsfaktoren – unabhängig von der konkreten Ausgestaltung eines Prozesses – einen Einfluss auf die gelungene Konzeption und Durchführung eines Bürgerbeteiligungsprozesses mit Einbezug von Wissenschaft haben.

Grundhaltung und Rahmenbedingungen

- Ernstnehmen der Bürger und ihrer Anliegen sowie ein echtes Interesse an Beteiligung
- gleichberechtigte und offene Gesprächskultur
- Wertschätzung der Beiträge der Bürger seitens Verwaltung und Wissenschaft
- für die Zielgruppen relevante, mindestens interessante Themen/Fragestellungen im Beteiligungsprozess
- Dialogbereitschaft der Verwaltungsmitarbeiter auch bei kritischen Themen
- klare Zieldefinition für den Beteiligungsprozess und damit verbunden Kommunikation der Rolle und Aufgaben der Bürger
- Trennung von Zielen: Sammeln von Ideen/Aufnahme von Wünschen der Bürger und konkrete Umsetzung von Projekten
- Sicherstellung der Umsetzung der Ergebnisse bzw. Transparenz bezüglich der Umsetzungsmöglichkeiten von Seiten der Verwaltung
- Offenheit, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit
- einfache und verständliche Sprache/gute Vermittlung und Übersetzung komplexer und fachlicher Themen
- Offenheit im Prozess, um auf sich verändernde Rahmenbedingungen eingehen zu können
- Offenheit und Zusammenarbeit der Verwaltungsstellen, die für die Umsetzung maßgeblich sind
- Unterstützung des Beteiligungsprojektes durch Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landrat etc./möglichst klares Verhältnis des Projektes zur politischen Ebene (Stadt-, Gemeinderat bzw. Kreistag)
- finanzielle und zeitliche Ressourcen innerhalb der Verwaltung
- zeitlich ausreichende Planungs- und Vorbereitungsphase

Einbezug von wissenschaftlichen Partnern und externen Dienstleistern

- Kooperation mit Wissenschaft, die fachliches Know-how/Kompetenz für den Beteiligungsprozess einbringt oder begleitende Forschung leistet
- intensive Vorbereitung des Beteiligungsprozesses sowie der einzelnen Veranstaltungen gemeinsam mit Experten, die Erfahrung mit Bürgerbeteiligung haben, und Wissenschaftlern
- ggf. Bildung einer Steuerungsgruppe, die verschiedene Perspektiven und Akteursgruppen (auch Bürger) abbildet

Ansprache und Zielgruppen

- gute, vielfältige Ansprache der Bürger (Printmedien, Internet, Radio, Fernsehen etc.); speziell auch direkte Ansprache der Bürger über persönlichen Kontakt oder individuelles Anschreiben
- Beteiligung nicht organisierter Einzelbürger
- auf regionaler Ebene ggf. Beteiligung von Institutionenvertretern (Vereine, Verbände, Initiativen etc.), um die unterschiedlichen Sichtweisen auf der teilweise sehr abstrakten regionalen Ebene einzubeziehen

Öffentlichkeitsarbeit

- gute Öffentlichkeitsarbeit für die Ansprache der Bürger sowie für die Bedeutung des Beteiligungsprozesses, der durch Berichterstattung stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen und als wichtig eingeschätzt wird
- (verstärkte Nutzenkommunikation bei der Beteiligung von Unternehmen)

Veranstaltungsformen und Moderation

- Wahl der Veranstaltungsorte, -tage und -uhrzeiten passend zu den Zielgruppen
- dialogorientierte und offene Formate der Veranstaltungen
- passende Methoden und eine professionelle Moderation (gerade bei Dialogen zu kritischen oder komplexen Themen)
- auch Spaß und Gemeinschaftsleben während der Veranstaltungen ermöglichen
- Präsenz der fachspezifischen Verwaltungsmitarbeiter und punktuell auch des Oberbürgermeisters, des Landrats, von Vertretern des Gemeinderats etc. auf Veranstaltungen und in Diskussionsrunden
- Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Austausch zwischen den Beteiligten schaffen

4.2 Herausforderungen***Bottom-up* oder *top-down*? Keine Gretchenfrage, aber in der Ausgestaltung entscheidend**

Ob ein Projekt konsequent vom Bürger ausgeht, auf seinen Ideen aufbaut und im Vorgehen auf dessen Aktivitäten fußt, oder ob Politik und Verwaltung die Themen und Fragestellungen vorgeben und die Bürger als Feedbackgeber einbeziehen, hat entscheidende Auswirkungen auf einen Beteiligungsprozess und seine Resultate. Innerhalb der Evaluation konnte nicht festgestellt werden, dass dabei eine Variante grundsätzlich besser bewertet wurde als die andere. Je nach inhaltlicher Fragestellung, Rahmenbedingungen und Beteiligungserfahrungen in der Kommune besteht in der Gestaltung des Prozesses – also in der Schwerpunktsetzung und der Kombination der beiden Ansätze – viel Spielraum für eine jeweils optimale Prozessgestaltung. Je basisorientierter die Ausgestaltung der Beteiligung, desto stärker die Eigenverantwortung und Motivation der Bürger. Je punktueller der Einbezug der Bürger, desto eher verstehen sie sich als Lieferant von Ideen und Anregungen. Neue Förderprogramme können diesen Aspekt fokussieren, um den Kommunalverwaltungen Mut zu machen und neue Erfahrungen zu ermöglichen. Für Kommunen bedeuten stark *bottom-up*-orientierte Prozesse zumeist neue Wege, die mit viel Erfahrung und damit oftmals externem Know-how gestaltet werden müssen, um für alle Beteiligten, also auch die handelnde Verwaltung, hilfreiche und konstruktive Resultate zu erzielen.

Beteiligung nicht institutionalisierter Einzelbürger in den Fokus nehmen

Institutionalisierte oder organisierte Bürger sind – als Vertreter eines Verbandes, Vereins oder einer anderen Interessengruppe – geübt in der Kooperation mit öffentlichen Verwaltungen und in der Mitarbeit bei Veranstaltungen. Sie zu aktivieren und zu beteiligen, geht schneller und leichter als dies bei nicht organisierten Bürgern der Fall ist. Gerade bei regionalen oder sehr komplexen Themen bieten institutionalisierte Bürger eine beeindruckend hohe Fachkompetenz und hohes Engagement, welche in solchen Prozessen sehr gut nutzbar sind. Wie die Evaluationsergebnisse deutlich zeigen, ist der nicht institutionalisierte Einzelbürger für diese Themen schwerer zu gewinnen und er braucht mehr Zeit, um die komplexen Sachverhalte soweit zu durchdringen, dass er ein gleichberechtigter Dialogpartner sein kann.

Doch auch wenn Beteiligung in einem engen Rahmen (beispielsweise auf Stadtteilebene oder zu einem konkreten Thema) stattfindet, gestaltet sich die Einbindung nicht organisierter Bürger schwieriger: vielfältige Ansprachemöglichkeiten müssen genutzt werden, die Prozesse langfristiger geplant werden und Inhalte ausführlicher erläutert und diskutiert werden. Der Lohn des Aufwandes, Einzelbürger anzusprechen und zu aktivieren, ist jedoch groß: Offenheit, neue Perspektiven und Direktheit in den Äußerungen, die frei von Lobbyismus sind. Entscheidend ist die Auswahl und Ansprache der verschiedenen Zielgruppen, um eine gewisse Repräsentativität oder zumindest Breite der Ergebnisse zu gewährleisten. Hierfür braucht es ausreichend Zeit, die bereits bei der Konzeption des Beteiligungsprozesses eingeplant werden muss. In der bundesweiten Beteiligungspraxis ist die Ansprache und Inklusion der verschiedensten Zielgruppen eine viel diskutierte Herausforderung (vgl. bspw. Kubicek/Lipp/Westholm 2009 oder Jörke 2011), der auch in Förderprogrammen mehr Beachtung geschenkt werden sollte. Die Erfahrungen einzelner ZWS-Kommunen – intensive Forschung zum Beispiel in Form einer Milieuanalyse und die individuelle Erarbeitung einer Ansprachestrategie – bieten hier wertvolle Anknüpfungspunkte für zukünftige Projekte.

Paradigmenwechsel: Neues Rollenverständnis von Bürgern und Verwaltung

„Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst.“ (John F. Kennedy) Die Interviewergebnisse und gerade auch die Diskussionen des Workshops zeigten, dass in einigen Kommunen ein Paradigmenwechsel und eine veränderte Erwartungshaltung angestrebt wird, um so die Eigenverantwortung und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und eine neue Arbeitsteilung zwischen Bürgern und Verwaltung zu ermöglichen. Nicht nur die Bürger müssen hier veränderungsbereit sein; ganz entscheidend ist die Haltung der Verwaltungsmitarbeiter den Bürgern gegenüber. Diskussionsimpulse, die Qualifizierung der Bürger und der Verwaltungen sowie die Erprobung und Umsetzung neuer Ansätze brauchen Jahre; es lohnt sich jedoch, sich dieser Herausforderung zu stellen und jene Kommunen, die sich auf den Weg machen, zu unterstützen und Ressourcen sowie Austausch- und Transfermöglichkeiten zu bieten.

Transparenz und Verbindlichkeit in der Umsetzung der Ergebnisse

Leitfäden und Handbücher zu Bürgerbeteiligung betonen an vielen Stellen die Bedeutung einer Klarstellung, in welchem Rahmen eine Beteiligung stattfindet und wie die Ergebnisse umgesetzt werden können (vgl. Arbter 2010 oder Nanz/Fritsche 2012). Dennoch lassen die durchgeführten Befragungen erkennen, dass hier noch Unklarheiten herrschten und die Gestaltung der Projekte verbessert werden kann. Gerade die Projekte, in denen das Sammeln von Ideen und Ansätzen im Vordergrund standen, stehen jetzt vor der Herausforderung, die Umsetzung zu gestalten. Im Nachhinein kann sich die Frage, ob die Umsetzung in ausreichendem Maße gelingt, stark auf die bisher größtenteils positive Einschätzung der Bürger bezüglich der Beteiligungsmöglichkeiten und der Kooperation mit der Verwaltung auswirken. Stetige Kommunikation, Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit und vor allen Dingen Transparenz, wenn ein Ergebnis auch mal nicht umgesetzt werden kann, können daher bei zukünftigen Projekten noch zu einer besseren Zusammenarbeit der Akteure beitragen.

Lernen während des Prozessverlaufs ermöglichen

Die begleitenden Evaluationen³¹, die einige wenige ZWS-Projekte in ihren Prozessverlauf eingebettet hatten, ermöglichten oftmals eine Reflektion der Prozesse und damit verbunden eine Offenheit und Flexibilität der Akteure, die innerhalb dieser Evaluationsergebnisse an vielen Stellen als sehr positiv hervorgehoben wurden. Die Projekte konnten in ihrem Vorgehen auf die Anforderungen und Rückmeldungen der Beteiligten abgestimmt werden. Die Wertschätzung dieser Anpassungsfähigkeit der Prozesse durch viele Befragte zeigt, dass eine in der Grundkonzeption angelegte, begleitende Evaluation enorme Verbesserungspotenziale für einen Beteiligungsprozess eröffnen kann.

31 Neben der zentralen Evaluation der Bürgerbeteiligung durch *Wissenschaft im Dialog* wurden in einigen wenigen Kommunen – meist von Seiten der externen Dienstleister oder der Wissenschaftler – kleinere, eigenständige Evaluationen der Projekte durchgeführt. Beispielsweise wurden Feedbackrunden in Beteiligungsveranstaltungen aufgenommen oder die Prozessgestaltung innerhalb einer Steuerungsgruppe diskutiert und ggf. angepasst.

Übergang aus der geförderten Phase gut gestalten

Wie erarbeitete Projekte und Ansätze auch nach dem Ende einer Fördermaßnahme langfristig weitergeführt und weiterentwickelt werden können, liegt in den Händen der Akteure vor Ort. Hierin besteht eine der größten Herausforderungen, welche wiederum eine Chance darstellt, durch eine Fortsetzung der Fördermaßnahme neue Perspektiven in der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Bürgern und Wissenschaft zu ermöglichen. Gerade die Projektentwicklungsphase, in die optimalerweise alle relevanten Akteure frühzeitig einzubinden sind, benötigt ausreichend Zeit, um auch nicht professionellen Akteuren wie den Bürgern, die Möglichkeit zu geben, sich neben ihrer Hauptbeschäftigung einzubringen. Die gemeinsame Entwicklung des Prozesses findet ihre Fortsetzung in begleitenden Steuerungsgruppen. Dabei gilt es, über einen ausreichend langen Zeitraum Ressourcen für die Steuerungs- und Arbeitsgruppen bereitzustellen, um sicherzustellen, dass die angestoßenen Prozesse langfristige Effekte nach sich ziehen können.

Kommunenübergreifend ein Forum für Austausch und Transfer bieten

Umsetzungswert ist der von den Akteuren im Rahmen der Befragungen und des Erfahrungsaustausches geäußerte Wunsch, ihre Erfahrungen und Erkenntnisse intensiver miteinander teilen und voneinander lernen zu können. Projektbegleitend könnte es hier Rahmenveranstaltungen geben, die den kommunenübergreifenden Transfer von Know-how und Good-practice unter den Beteiligten – auch der Bürger und Wissenschaftler – ermöglicht.

Ausgehend von der *ZukunftsWerkStadt* und den in den Projekten gewonnenen Erkenntnissen sollte das Konzept einer gemeinsamen Gestaltung nachhaltiger Entwicklung durch Kommunen, Wissenschaftler und Bürger weiter verbreitet werden. Um hier einen gesellschaftlichen Anstoß geben zu können, sollten durch eine langfristige Begleitung der Projekte Austauschmöglichkeiten geschaffen und die gemachten Erfahrungen auch weiteren Kommunen zugänglich gemacht werden.

4.3 Ausblick

Die deutschen Kommunen stehen heute vor großen Herausforderungen, die in ihrer Komplexität und ihren Auswirkungen

gen bürgerschaftliche Beteiligung erfordern und den Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse notwendig machen: Mobilität, Bildung oder Energieversorgung sind nur einige Beispiele von Themenkomplexen, die des gemeinschaftlichen Gestaltens für eine lebenswerte Zukunft bedürfen. Ohne Dialog auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse ist zukunftsgerichtetes Gestalten in diesen Feldern schwierig oder zumindest extrem zeitaufwändig.

Auf dieses Problemfeld zielt die Maßnahme *ZukunftsWerkStadt*: Städte und Landkreise, die in diesem Rahmen vom BMBF gefördert wurden, konnten gerade bei der Bearbeitung des für die Kommunen komplexen und strategisch wichtigen Themas *Nachhaltige Stadt-/Kommunalentwicklung* durch die anlassfreie Beteiligung von Bürgern und den Einbezug wissenschaftlicher Expertise enorm gewinnen. Die Begleitung durch und Einbindung von Wissenschaftlern wurde dabei sowohl von den Bürgern als auch von Seiten der Kommunalverwaltung in hohem Maße wertgeschätzt. Die Wissenschaftler haben durch Beiträge verschiedenster Art und gerade auch durch neutrale und objektive Einschätzungen die Kommunalverwaltungen im Prozess entlastet und neuartige Diskussionen ermöglicht. Die ZWS-Kommunen konnten erste Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern machen. Auf diese neu geknüpften Kontakte und Netzwerke kann zukünftig zurückgegriffen werden.

In einigen wenigen Kommunen gelang es aus verschiedenen Gründen nicht immer optimal, Wissenschaft und speziell lokale Wissenschaft konstruktiv in die Prozesse einzubeziehen. Gerade in eher ländlichen Kommunen war dies mangels entsprechender wissenschaftlicher Einrichtungen im nahen Umfeld teilweise schwierig, aber auch in Hochschulstandorten wurden vereinzelt Kooperationsmöglichkeiten mit der Wissenschaft nicht optimal genutzt. Zukünftige Fördermaßnahmen und Projekte können hier neue Perspektiven aufzeigen und – aufbauend auf den gewonnen Erkenntnissen – ausreichend Möglichkeiten einräumen, um Arbeitsweisen, Zeitpläne und Kommunikationskulturen von Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern aufeinander abzustimmen oder inhaltliche Auseinandersetzungen verstärkt zu ermöglichen. In zahlreichen Kommunen führte die *ZukunftsWerkStadt* jedoch erfolgreich zum Einbezug wissenschaftlicher Einrichtungen als Teil der lokalen Gesellschaft: Es fanden ein reger Austausch und eine Diskussion zwischen Forschung und Gesellschaft statt. Die Städte und Landkreise der *ZukunftsWerkStadt* können mit ihren Erfahrungen als Modellkommunen dienen, um auch anderen Kommunen in Deutschland zu ermöglichen, sich in einem Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern mit zentralen Zukunftsthemen zu befassen.

5. Anhang

Literatur

- Arbter, Kerstin (2010): Handbuch Bürgerbeteiligung für Land und Gemeinden (Hrsg.: Amt der Vorarlberger Landesregierung – Büro für Zukunftsfragen), Wien – Bregenz.
- Arbter, Kerstin/Handler, Martina/Purker, Lisa/Tappeiner, Georg/Trattnigg, Rita (2005): Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung – Die Zukunft gemeinsam gestalten, Wien.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1329), Bonn.
- Field, Andy P. (2009): Discovering statistics using SPSS (3rd edition), London.
- Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 1-2/2011 vom 3. Januar 2011, S. 13–18.
- Kersting, Norbert (2008): Evaluation dialogischer Beteiligungsinstrumente, in: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden, S. 270–292.
- Kubicek, Herbert/Lippe, Barbara/Koop, Alexander (2011): Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung – Eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen, Gütersloh.
- Kubicek, Herbert/Lippa, Barbara/Westholm, Hilmar (2009): Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene, München.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, 11., vollständig überarbeitete Aufl., Weinheim.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung – Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1200), Bonn.
- OECD (2005): Evaluating Public Participation in Policy Making, Paris.
- Pfenning, Uwe/Benighaus, Christina (2008): Partizipativer Wandel – methodischer Wandel: Neue und klassische Formen der Bürgerbeteiligung im Vergleich, in: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden, S. 195–216.
- Rowe, Gene/Frewer, Lynn J. (2004): Evaluating Public-Participation Exercises: A Research Agenda, in: Science, Technology, & Human Values, Vol. 29 No. 4, S. 512–556.
- Römmele, Andrea/Banthien, Henning (2013): Introduction, in: Römmele, Andrea/Banthien, Henning (Hrsg.): Empowering Citizens – Studies in Collaborative Democracy, Baden-Baden.
- Saam, Nicole J. (2008): Nachhaltigkeit transformativer Verfahren politischer Partizipation? Theoretische Unmöglichkeiten und Konsequenzen für die Evaluierung, in: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden, S. 256–269.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung, 8. Auflage, Oldenburg.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): Ergebnis des Zensus 2011 zum Berichtszeitpunkt 9. Mai 2011 – Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, abrufbar unter: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (zuletzt am 15. 10. 2013).
- Vetter, Angelika (2008): Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen, in: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden, S. 9–28.
- Vorwerk, Volker/Kämper, Eckhard (1997): Evaluation der 3. Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens in der Region Nordschwarzwald, in: Arbeitsberichte der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Wissenschaft im Dialog (2011): Abschlussbericht. Forschungsprojekt „Wissenschaft debattieren!“, Berlin.
- Zimmer, René (2002): Begleitende Evaluation der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“, Karlsruhe.

Informationen zur Faktoren- und Regressionsanalyse

Bestimmung der Einflussfaktoren. Um mittels einer Regressionsanalyse berechnen zu können, welche Dimensionen der Beteiligungsprojekte einen Einfluss auf die Beurteilung der Beteiligung durch die Bürger hatten, wurden in einer Faktorenanalyse mögliche Einflussfaktoren bestimmt. Da bei der Konstruktion des Fragebogens aufgrund der besonderen Merkmale der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* und dem damit einhergehenden Fehlen möglicher Untersuchungsobjekte keine Itemanalyse durchgeführt werden konnte, wurde für die likertskalierten Items des Fragebogens eine explorative Faktorenanalyse berechnet. Diese reduzier-

te jene Items, welche dieselbe Dimension eines Beteiligungsprozesses messen und daher stark untereinander korrelieren, zu einem Faktor. Dabei wurden nur die Items aus dem Fragebogen mit in die Faktorenanalyse einbezogen, die durch die Projektverantwortlichen beeinflussbare Merkmale beschrieben. Dieses Vorgehen ist so zu begründen, dass diese modifizierbaren Aspekte nicht mit Fragen, die individuelle Unterschiede der Teilnehmenden beschreiben, vermischt werden sollten. Nur so konnte sichergestellt werden, dass das später erzeugte Regressionsmodell praktische Handlungshinweise für zukünftige Beteiligungsprozesse liefern kann. 20 Befragungspunkte wurden in einer Hauptkomponentenanalyse³² mit obliquen Rotation untersucht (siehe Tabelle 4).

	Faktoren						
	1	2	3	4	5	6	7
Moderation	.732						
Struktur des Ablaufs	.701						
Beiträge anderer Teilnehmer	.651						
Organisatorischer Rahmen	.571						
Klarheit der Ziele der Veranstaltung	.561						
Einbringung von Meinung/Ideen in Diskussion	.511						
Interesse der kommunalen Vertreter		-.898					
Unterstützung der kommunalen Vertreter		-.888					
Verständlichkeit der kommunalen Vertreter		-.870					
Informationen durch Wissenschaftler			.821				
Verständlichkeit der wissenschaftlichen Beiträge			.784				
Interesse der Wissenschaftler			.705				
Anwesenheit/Wissenschaftler bei Veranstaltungen			.489				
Projekt ohne Beitrag der Wissenschaftler?				-.803			
Anwesenheit/Vertreter aus Stadt-Gemeinderat bzw. Kreistag					.838		
Anwesenheit OB, BM, Landrat etc.		-.443			-.500		
Protokoll/Dokumentation						.810	
Einbindung in Zukunft							-.733
Kommunikation der Ergebnisse						.413	.517
Zeit mit Wissenschaftlern		-.402					-.461

Tabelle 4: Strukturmatrix der Faktorenanalyse

32 Als Voraussetzungsprüfung für eine Hauptkomponentenanalyse zeigte der Bartlett-Test auf Sphärizität, dass die Korrelation zwischen den Items hoch genug ist ($\chi(190) = 815,45$). Bei der obliquen Rotationsmethode wird davon ausgegangen, dass die resultierenden Faktoren nicht unabhängig voneinander sind. Allerdings wurde die zulässige Höhe der Korrelation durch ein gewähltes Delta von 0 restringiert, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die sich ergebenden Faktoren nur gering miteinander korrelieren und so im Rahmen der später aufgeführten Varianzanalyse dem Problem der Kollinearität entgegenge wirkt wird. Sieben Faktoren hatten Eigenwerte, die das Kaiser-Kriterium von 1 überstiegen, und klärten zusammen 62 % der Gesamtvarianz in den Daten auf. Tabelle 4 zeigt die Faktorladungen der einzelnen Items nach obliquen Rotation auf die 7 extrahierten Faktoren.

Zusammenfassend resultierten aus der Faktorenanalyse 6 Faktoren³³ mit absteigendem Anteil an Varianzaufklärung (siehe Tabelle 5):

- Faktor 1: Qualität der Veranstaltung
- Faktor 2: Beiträge der kommunalen Vertreter
- Faktor 3: Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler
- Faktor 4: Legitimation/Mandat des Prozesses
- Faktor 5: Transparenz/Dokumentation des Prozesses
- Faktor 6: Verbindlichkeit des Prozesses

Faktor	Aufgeklärter Varianzanteil	
	% der Varianz	Kumulativ %
1: Qualität der Veranstaltung	19.732	19.732
2: Beiträge der kommunalen Vertreter	10.004	29.736
3: Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler	8.675	38.411
4: Legitimation/Mandat des Prozesses	6.053	51.293
5: Transparenz/Dokumentation des Prozesses	5.464	56.757
6: Verbindlichkeit des Prozesses	5.255	62.012

Tabelle 5: Erklärte Gesamtvarianz durch die Faktoren

33 Wie aus der Strukturmatrix ersichtlich wird, luden 13 Items distinkt auf die ersten drei Faktoren. Der erste Faktor umfasst Items zu dem Thema *Qualität der Veranstaltung*, der zweite Faktor zu den *Beiträgen der kommunalen Vertreter* und der dritte Faktor zur *Anwesenheit und den Beiträgen der Wissenschaftler*. Ein möglicher weiterer Faktor, bestehend aus dem Item „Das Projekt hätte auch ohne Beitrag der Wissenschaftler stattfinden können.“ wurde aus inhaltlichen Gründen aus dem Regressionsmodell ausgeschlossen, da Faktor 3 den Stand der Wissenschaftler hinreichend beleuchtet und dieser Faktor somit als redundant erscheint. Die beiden Items zur Anwesenheit von Politikern aus dem Stadt-/Gemeinderat bzw. Kreistag und der Anwesenheit des Oberbürgermeisters, Bürgermeisters bzw. Landrats wurden zu dem 4. Faktor *Legitimation/Mandat des Prozesses* zusammengefasst. Dabei wurde letzteres Item aufgrund seiner leicht höheren Faktorladung auf Faktor 4 (im Vergleich zur Ladung auf Faktor 2) mit aufgenommen. Faktor 5 *Transparenz/Dokumentation des Prozesses* bestand aus dem einzelnen Item „Wird Ihnen zu der heutigen Veranstaltung ein Protokoll/eine Dokumentation zugänglich gemacht?“. Faktor 6 schließlich kombinierte die Items „Wurde seitens der Veranstalter angekündigt, dass die Bürger auch in Zukunft in die nachhaltige Gestaltung der Stadt/des Landkreises eingebunden werden?“ und „Wurde seitens der Veranstalter kommuniziert, wie die Ergebnisse des Projektes genutzt werden?“ zu dem Faktor *Verbindlichkeit des Prozesses*. Das Item „Die Zeit mit den Wissenschaftlern war zu kurz.“ wurde wegen ambiguer inhaltlicher und faktorieller Zuordnung vom Regressionsmodell ausgeschlossen.

Zusätzlich zu den aus der Faktorenanalyse extrahierten Faktoren wurden vier weitere Items, die nicht durch die Gestaltung des Beteiligungsprozesses beeinflussbar waren, mit als Faktoren in die Regressionsanalyse einbezogen:

- Faktor 7: Intensität der Beteiligung³⁴
- Faktor 8: Relevanz des Themas³⁵
- Faktor 9: Motivation der Beteiligten³⁶
- Faktor 10: Retrospektivität der Befragung³⁷

Bestimmung der Kriterien. Die Items, welche die subjektive Zufriedenheit der Beteiligten mit dem Projekt widerspiegeln, waren folgende:

- „Die Ziele der Veranstaltung wurden erreicht.“
- „Durch die Teilnahme sind meine Kenntnisse zu den Themen des Projektes gestiegen.“
- „Durch die Teilnahme konnte ich meine Themen und Ideen in die Entwicklung meiner Kommune einbringen.“
- „Ich bin mit dem Projekt insgesamt zufrieden.“

Um Regressionsmodelle für möglichst unabhängige Kriterien zu bilden, wurden diese Items untereinander korreliert. Die Ergebnisse zeigten, dass die Items „Durch die Teilnahme sind meine Kenntnisse zu den Themen des Projektes gestiegen“, „Durch die Teilnahme konnte ich meine Themen und Ideen in die Entwicklung meiner Kommune einbringen.“ und

34 Codierung der ordinalskalierten Antworten aus der Multiple-Choice-Frage nach der Teilnahme nach Projektaktivitäten („An welchen Aktivitäten haben Sie im Rahmen des Projektes teilgenommen?“). Die Antworten jedes einzelnen Befragten wurden aufsummiert und entsprechend der Einordnung der jeweiligen Aktivitäten durch die Veranstalter codiert. Alternativ wurde auch eine kommunenübergreifende Einschätzung der Intensität der gesamten Beteiligung des jeweiligen ZWS-Projektes getestet. Da die Unterschiede der beiden Codierweisen allerdings nur minimale Veränderungen in den Ergebnissen bewirkten, wurde in die Regressionsanalyse die separate Auswertung jedes einzelnen Befragten aufgenommen.

35 Umpolung und Mittelung der beiden Items zum Thema Relevanz („Das Thema sollte in der Kommunalpolitik stärker berücksichtigt werden.“; „Das Thema ist angesichts anderer Probleme in unserer Kommune weniger wichtig.“).

36 Auswertung auf Grundlage der Beantwortungen des Items „Ich möchte durch die Teilnahme eigene Ideen zur Entwicklung meiner Kommune einbringen.“. Die Teilfrage „Ich möchte durch die Teilnahme meine Kenntnisse zu den Themen der Veranstaltung erweitern.“ wurde bewusst nicht in die Regressionsanalyse mit einbezogen, um das Problem der Kollinearität zu vermeiden. Inhaltlich wurde davon ausgegangen, dass der Wunsch, eigene Ideen einzubringen die Weiterentwicklung des Wunsches ist, Kenntnisse zu vertiefen bzw. dass Kenntnisse bei der Einbringung von Ideen bereits vorausgesetzt werden.

37 In vier Kommunen konnte die Fragebogenerhebung nicht bei einer für das Projekt repräsentativen Veranstaltung durchgeführt werden. In diesem Fall wurde nicht nach der Qualität der aktuellen Veranstaltung, sondern allgemein nach den Veranstaltungen im jeweiligen ZWS-Projekt gefragt. Um durch Gedächtniseffekte verzerrte Beantwortungen des Fragebogens zu kontrollieren, wurde die Variable *Retrospektivität der Befragung* hinzugefügt und mit in die Auswertungen einbezogen.

„Ich bin mit dem Projekt insgesamt zufrieden.“ hoch miteinander korrelierten (Pearson's Korrelationskoeffizient jeweils $r = .57$, $p < .001$). Aufgrund dieser hohen Korrelation wurde aus diesen drei Items ein zusammengefasstes Kriterium *Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt* gebildet. Eine separate Regressionsanalyse wurde für das Kriterium *Zielerreichung der Veranstaltung* berechnet.

Berechnung der Regressionsanalyse. Für die beiden *Kriterien* wurde jeweils eine Regressionsanalyse mit den 10 Prädiktoren durchgeführt. Für beide Regressionsmodelle wurde die Methode der hierarchischen Regression³⁸ gewählt, da es sich zum Teil um eine theoriegeleitete, zum Teil um eine explorative Modellbildung handelt.

Modell 1: Zielerreichung der Veranstaltung

Tabelle 6 zeigt den Zuwachs am aufgeklärten Varianzanteil R^2 , die Teststatistik F mit den zugehörigen Zähler- und Nennerfreiheitsgraden (df1 und df2) sowie die statistische Bedeutsamkeit des Zuwachses (signifikante Änderung in F) für die 2 Stufen der Modellbildung. In Schritt 1 wurden dabei

die Prädiktoren *Beiträge der kommunalen Vertreter* und *Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler* simultan ins Modell aufgenommen, wobei diese 12 % der Gesamtvarianz aufklären konnten.³⁹ In Schritt 2 klärte der aufgenommene Faktor *Qualität der Veranstaltung* weitere 29 % der Varianz auf.

Modell 2: Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt

Tabelle 7 zeigt den Zuwachs am aufgeklärten Varianzanteil R^2 , die Teststatistik F mit den zugehörigen Zähler- und Nennerfreiheitsgraden (df1 und df2) sowie die statistische Bedeutsamkeit des Zuwachses (signifikante Änderung in F) für die 7 Stufen der Modellbildung. In Schritt 1 wurden dabei die Prädiktoren *Beiträge der kommunalen Vertreter* und *Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler* simultan ins Modell aufgenommen, wobei diese 19 % der Gesamtvarianz aufklären konnten. In Schritt 2 klärte allein der aufgenommene Faktor *Qualität der Veranstaltung* weitere 19 % der Varianz auf. In Schritt 3 und 4 leisteten die Variablen *Verbindlichkeit des Prozesses* und *Retrospektivität der Befragung* jeweils noch einen kleineren Beitrag zur insgesamt hohen Varianzaufklärung von 41 %.

Schritte der Modellbildung	R-Quadrat	Änderungsstatistiken				
		Änderung in R-Quadrat	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	,12	,12	14,96	2	231	,000
2	,41	,3	116,85	1	230	,000

Tabelle 6: Zusammenfassung des Modells 1 – Zielerreichung der Veranstaltung

Schritte der Modellbildung	R-Quadrat	Änderungsstatistiken				
		Änderung in R-Quadrat	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	,19	,19	30,11	2	263	,00
2	,38	,19	81,76	1	262	,00
3	,40	,02	8,75	1	261	,00
4	,41	,01	5,67	1	260	,02

Tabelle 7: Zusammenfassung des Modells 2 – Gesamtzufriedenheit mit dem Projekt

38 Da die Bürgerbeteiligungsprozesse innerhalb der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* die Beteiligung von kommunalen und wissenschaftlichen Vertretern voraussetzten, wurden im ersten Schritt die Faktoren *Beiträge der kommunale Vertreter* und *Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler* per Einschlußmethode in das Modell aufgenommen. Im nächsten Schritt wurden die Prädiktoren im Sinne einer schrittweisen Regression sukzessive in das Modell aufgenommen, welche die höchste Korrelation mit dem Kriterium aufweisen und dieses somit am besten vorhersagen. Alle Prädiktoren wurden auf Kollinearität, also eine kritisch erhöhte Korrelation untereinander, überprüft. Sämtliche Toleranzwerte lagen jedoch weit über dem kritischen Wert von 0.2 (vgl. Field 2009).

39 Zu beachten ist hier, dass der Faktor *Anwesenheit/Beiträge der Wissenschaftler* letztendlich keinen signifikanten Beitrag zur Vorhersage dieses Kriteriums leisten konnte ($p > .05$) (vgl. Kapitel 3.5 *Zufriedenheit mit der Bürgerbeteiligung*).

Dank

Der vorliegende Evaluationsbericht enthält die Ergebnisse des Vorhabens „Evaluation der Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung in den Projekten der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt*“, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des *Wissenschaftsjahres 2012 – Zukunftsprojekt Erde* gefördert wurde.



Wir bedanken uns ganz herzlich bei den 15 Kommunalverwaltungen der Fördermaßnahme *ZukunftsWerkStadt* sowie ihren wissenschaftlichen Partnern und Dienstleistern für ihre Unterstützung der Evaluation und bei allen Teilnehmenden der Befragungen und Interviews für ihre Einschätzungen und ihre Zeit.



Impressum

Herausgeber

Wissenschaft im Dialog gGmbH
Charlottenstraße 80
10117 Berlin

Tel.: 030/206 22 95-0
Fax: 030/206 22 95-15

E-Mail: info@w-i-d.de
www.wissenschaft-im-dialog.de

Projektteam Wissenschaft im Dialog
Markus Weißkopf
Ricarda Ziegler
Johanna Kuhnert

Projektteam PlanKom
Oliver Kuklinski
Simone Neddermann

Beratung und Mitarbeit
Dr. Nina Gérard
Jana Ollmann

Gestaltung
doppelpunkt Kommunikationsdesign

Erscheinung
Berlin 2013

Wissenschaft im Dialog – Die Initiative der deutschen Wissenschaft

Wissenschaft im Dialog (WiD) bringt Wissenschaft und Gesellschaft miteinander ins Gespräch. Die Gemeinschaftsinitiative der deutschen Wissenschaft wurde 1999 von den großen deutschen Wissenschaftsorganisationen gegründet. Wir organisieren Dialogveranstaltungen, Ausstellungen oder Wettbewerbe rund um Forschung und Wissenschaft und entwickeln neue Formate der Wissenschaftskommunikation. Dabei wollen wir nicht nur neue Zielgruppen für unsere Themen begeistern, sondern auch kontroverse Diskussionen über umstrittene Themen der Forschung führen. Mit dem Forum Wissenschaftskommunikation und anderen Plattformen des Erfahrungsaustauschs stärken wir die Weiterentwicklung der Branche.

WiD wurde auf Initiative des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gegründet. Als Partner kamen Stiftungen hinzu. Maßgeblich unterstützt wird *WiD* vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Mitglieder und Partner sind: acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Hochschulrektorenkonferenz, Leibniz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Wissenschaftsrat, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Deutscher Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine, Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Klaus Tschira Stiftung, Robert Bosch Stiftung.

